

Handout zur Geschichte

Aus Dokumenten der Linkspartei.PDS

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
das Jahre 2009 wird besonders von der Auseinandersetzung zu historischen Jahrestagen wie der Gründung beider deutscher Staaten und dem Fall der Mauer sowie zu den Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen geprägt sein. In diesem Zusammenhang werden wir erneut mit einer Vielzahl von Angriffen, Unterstellungen und Verfälschungen zu unserer Auseinandersetzung und Aufbereitung der DDR- und Parteigeschichte konfrontiert.

In der vorliegenden Handreichung findet ihr eine Dokumentation, die zum einen nachvollziehen lässt, wie sich die PDS seit ihrer Gründung intensiv und differenziert mit der Aufarbeitung ihrer Geschichte und der Geschichte der DDR beschäftigt hat und welche Schlussfolgerungen daraus gezogen wurden.

Zum anderen könnt ihr der Dokumentation eine Vielzahl konkreter Argumente für das tagtägliche Reagieren auf die Angriffe auf unsere Partei entnehmen, was für den Wahlkampf vor Ort hilfreich sein kann.

Die Zusammenstellung aus Dokumenten der PDS zeigt darüber hinaus, welchen Weg wir in Richtung zu einer modernen, sozialistischen Partei bereits gegangen sind und der mit der Gründung der Partei DIE LINKE einen Höhepunkt erreicht hat.

I. Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR.....	3
21./23. Juni 1991: Aus: „Neu beginnen“ ... Thesen der Grundsatzkommission/ Historischen Kommission	3
07. Oktober 1999: 50 Jahre DDR - "Vorwärts und nicht vergessen?"	4
13. Juli 2001: Die PDS hat sich vom Stalinismus der SED unwiderruflich befreit	5
29./31. Januar 1993: Aus dem Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus ...	6
26. Mai 2003: "Sozialismus entsteht in und aus der Gesellschaft"	7
12. September 2004: Herbst 1989: Für eine andere DDR - Chancen und Grenzen.....	8
18. April 2005: 8. Mai 1945 - Tag der Befreiung	11
II. Auseinandersetzung mit der Geschichte der SED	13
16. Dezember 1989: "Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!"	13
10. November 1990: Beschluss des Parteivorstandes vom 10. November 1990 über die Abgabe bzw. Verwendung des Parteivermögens.....	22
25. Februar 1990: Aus dem Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus	22
8./9. September 1990: Erneuerungskonferenz der PDS, Berlin.....	23
18. April 2001: Auseinandersetzung mit der Geschichte nicht instrumentalisieren	26
29./31. Januar 1993: Aus dem Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus .	28
26. Oktober 2003: Aus dem Programm der Linkspartei.PDS vom Oktober 2003	29
III. Zur Auseinandersetzung mit dem Ministerium für Staatssicherheit	31
21./23. Juni 1991: Zur konsequenten, offenen und öffentlichen Auseinandersetzung der PDS mit der Problematik "Staatssicherheit".....	31
26./27. Juni 1993: Zur Offenlegung der politischen Biographie für Genossinnen und Genossen, die für Parteiämter oder Wahlmandate kandidieren.....	33
12. Juni 2006: Zum weiteren Umgang mit den Beschlüssen zur persönlichen Offenlegung der Biografie und zur Geschichte von 1991 und 1993	34

I. Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR

21./23. Juni 1991: Aus: „Neu beginnen“ ... Thesen der Grundsatzkommission/ Historischen Kommission

2. Parteitag, 2. Tagung, Berlin 21. bis 23. Juni 1991

Die PDS ist auf dem Wege zu einer modernen sozialistischen Partei. Sie lässt sich vom Ideal einer Welt leiten, die friedlich und human, naturverträglich und demokratisch, frei von jeglicher Ausbeutung und sozial gerecht, nichtpatriarchalisch und solidarisch ist, in der sich jeder Mensch und alle Völker selbstbestimmt entfalten können. Mitglieder der PDS verbinden mit diesem Ziel die Vorstellung von einem demokratischen Sozialismus. ...

Die PDS hält die kapitalistische Produktionsweise nicht für das letzte Wort der Geschichte. Denn gesellschaftliche Verhältnisse, in denen das Profitprinzip in Ökonomie und Politik national und international dominiert, sind es, die heute die Zivilisation auf der Erde bedrohen und einer humanen Welt entgegenstehen. Die PDS will in dieser Gesellschaft wirken, indem sie durch die praktische Tätigkeit ihrer Mitglieder in Parlamenten, Kommunen, Gewerkschaften, demokratischen Bürgerinitiativen und -bewegungen die fortschreitende Demokratisierung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, insbesondere der Wirtschaftsordnung, befördert. Auf diesem Weg will sie, langfristig gesehen, über kapitalistische Verhältnisse hinaus. ...

Der reale Sozialismus ist gescheitert

Der Versuch, in einem Teil der Welt eine lebensfähige und zukunftssträchtige Alternative zum Kapitalismus zu gestalten und damit die aus dem Gegensatz von Kapital und Arbeit erwachsenden sozialen Probleme zu lösen, Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt in der Welt dauerhaft zu fördern, ist gescheitert.

Kapitalismus und realer Sozialismus waren Gegenpole, die zugleich auf vielfältige Weise miteinander verbunden waren. Sie haben sich in ihrer Entwicklung wechselseitig beeinflusst, korrigiert und blockiert. Ökonomische und technologische Leistungsfähigkeit, Wohlstand und Massenkonsum des Westens waren für viele Bürger im Osten faszinierend. Soziale Maßnahmen im Osten waren in vielen Fällen eine Herausforderung für den Westen. Die Länder des Westens übten mit vielfältigen Mitteln (Hochrüstung, Wirtschafts- und Technologieembargo, Kommunikationsmedien) Druck aus.

Die erbitterten Auseinandersetzungen zwischen Kapitalismus und Sozialismus haben wesentlich zur Verschärfung der globalen Probleme beigetragen. Es ist gegenwärtig schwer abschätzbar, wie sich die kapitalistische Gesellschaft ohne einen Gegenpol in Gestalt des realen Sozialismus entwickeln wird. Die entscheidenden Ursachen dafür, dass der reale Sozialismus im Wettstreit der Systeme historisch scheiterte, lagen in seinem Inneren:

Die Vorstellung, die »Partei neuen Typus« sei im alleinigen Besitz der Wahrheit und daher zur Machtausübung legitimiert, hat pluralistische Meinungs- und Willensbildung in der Öffentlichkeit verhindert und dazu geführt, dass die Gesellschaft zur Verarbeitung ihrer inneren Konflikte immer weniger fähig war. Die reale Interessenvielfalt wurde gelehnt und schließlich unterdrückt. Der Erhalt der Macht wurde zum Selbstzweck. Es wurde eine in sich geschlossene, hierarchische politische Ordnung geschaffen, die demokratische Selbstherrschaft des Volkes verhinderte, Verantwortung und Rechenschaft gegenüber dem Volk zur Farce werden ließ und dem Machtmissbrauch durch eine abgehobene bürokratische Oberschicht Vorschub leistete. Die Konzentration des Eigentums an Produktionsmitteln in der Hand eines bürokratischen Staates, das Bestreben, eine ganze Volkswirtschaft und Gesellschaft nach einem Gesamtplan zu leiten und unumschränkte Herrschaft über gesellschaftliche Kommunikation und geistiges Leben auszuüben, haben Eigentümerverhalten und Eigeninitiative der Werktätigen behindert und schließlich erstickt.

Der Sozialismus hat es nicht vermocht, grundlegende Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise wirklich zu lösen und die Produktivkräfte so zu entwickeln, dass die Reproduktion der natürlichen Lebensbedingungen der Menschen und die Entfaltung ihrer Individualität gefördert werden. Im Gegenteil: Der Rückstand auf diesem Gebiet wuchs in den siebziger und achtziger Jahren weiter an. Das hatte schwerwiegende Folgen für die Lebensqualität der Menschen und war letztlich ausschlaggebend für die Niederlage des Sozialismus im Wettstreit mit dem Kapitalismus.

* * *

07. Oktober 1999: 50 Jahre DDR - "Vorwärts und nicht vergessen?"

Aus der Rede von Lothar Bisky am 7. Oktober im "Tränenpalast" in Berlin

Was hat uns, die wir aus der SED kommen, über allen Frust und alle Einsicht in die Mängel des DDR-Systems hinweg, dazu gebracht, an der DDR und an ihrer Art Sozialismus als Basis festhalten zu wollen?

- Der DDR-Sozialismus hatte dafür gesorgt, dass jeder mit seiner Hände Arbeit seine Existenz Gewähr leisten konnte – vor unserer westlichen Haustür entwickelte sich Massenarbeitslosigkeit.
- Der DDR-Sozialismus hatte weithin gleiche soziale und kulturelle Standards für die überwiegende Mehrheit gewährleistet und Mann und Frau rechtlich, in ihrer Menschenwürde sowie weitgehend als Werktätige gleich gestellt – er kannte keine himmelschreienden sozialen und geschlechtsspezifischen Unterschiede wie im Westen. Die Schattenseite bildeten sanktionierte Privilegien für Angehörige gehobener Schichten, faktische Privilegien für die Verwalter des Mangels sowie die auch soziale Ausgrenzung jener, die den vom System für die Teilhabe an der sozialen Gleichheit geforderten Preis – die ideologische Loyalität und Unterwerfung im Zweifelsfall – nicht zu zahlen gewillt waren.
- Der DDR-Sozialismus war ein Friedensfaktor in Europa und der Welt, er galt in Ost und West – ob geliebt oder ungeliebt – als wichtiger Baustein der Nachkriegsordnung, und er zeichnete sich durch eine durchaus flexible internationale Politik in diesem Sinne aus.

Die Konstruktionsfehler des Systems – sein undemokratischer Charakter, die autoritäre Herrschaft, die allumfassende geistige Enge, die politische Überfremdung und Deformation der Wirtschaft – galten vielen Menschen als überwindbar. Letzten Endes aber haben diese Konstruktionsfehler das System zum Zusammenbruch gebracht und die von vielen erlebten Vorzüge zerstört. ...

Mit der Formel "was Gutes gewollt, aber Pech gehabt" können und dürfen wir uns nicht aus der Affäre ziehen. Zumindest zwei Grundirrtümer, mit denen wir uns selbst blockiert haben, will ich hier und heute klar benennen.

Der eine bestand darin, dass wir die Missstände, mit denen wir uns konfrontiert sahen, als – wie Brecht notierte – "Kinderkrankheiten, *nichts Schlimmeres*" betrachteten und damit gering schätzten. Wir beruhigten uns in unzulässiger Weise selbst: Kinderkrankheiten sind schlimm, aber bei guter Pflege zu überstehen. Und wenn der Mensch erwachsen ist, sind sie von selbst ausgestanden. Genau das war der Irrtum. Es handelte sich nicht um Kinderkrankheiten, sondern um die Wirkungen ernster, dauerhafter Defekte. Und deswegen war nicht Pflege angesagt, sondern Tiefentherapie. Wir haben sie nicht geleistet.

Der zweite Grundirrtum bestand darin, dass es tatsächlich und immer sinnvoll und notwendig sein könnte, Debatten, Kritik und Auseinandersetzung um jeden Preis zu vermeiden. Brecht ist deswegen niemals zu seinem Rosa-Luxemburg-Stück gekommen, das wir vielleicht so dringend gebraucht hätten. "Ich bin über ein Vorspiel nie hinaus gekommen", erklärte er 1952 seinem Biografen Ernst Schumacher. "Ich habe mich mit anderen besprochen. Wir sind zu der Meinung gelangt, dass eine wahrheitsgetreue Bearbeitung nur den Zwiespalt in der Arbeiterbewegung vertiefen, alte Wunden wieder aufreißen würde. Das war angesichts der Reaktion, angesichts der Notwendigkeit, die eigenen Reihen zu festigen, nicht zu

verantworten. ...*Ich hätte in bestimmter Weise gegen die Partei argumentieren müssen.*" Genau das hätten wir tun müssen – viel öfter und viel konsequenter. ...

Wenn wir uns mit dem beschäftigen, was war, ist immer besonders wichtig, was wir daraus lernen. "Die wichtigste der Lehren", so resümierte Brecht sein politisches Leben, "bestand darin, dass eine Zukunft für die Menschheit nur 'von unten her', vom Standpunkt der Unterdrückten und Ausgebeuteten aus, sichtbar wurde. Nur mit ihnen kämpfend, kämpft man für die Menschheit."

(Vgl. auch: Die Doppelbiographie der Bundesrepublik. Zum Phänomen der deutschen Zweistaatlichkeit. Thesenpapier der Historischen Kommission vom 12. März 1999)

* * *

13. Juli 2001: Die PDS hat sich vom Stalinismus der SED unwiderruflich befreit

Erklärung des Parteivorstandes der PDS zum 13. August 2001

... Der Mauerbau war der in Beton gegossene Nachweis der Unterlegenheit des stalinistisch geprägten Sozialismustyps in der DDR gegenüber dem realen damaligen Kapitalismustyp in der Bundesrepublik.

Was sich der Westen vorwerfen lassen muss, ist vor allem die Tatsache, dass er keine Verständigung in der festgefahrenen Deutschlandpolitik zustande brachte und nicht bereit war, die Realität der DDR vor dem Mauerbau, sondern erst durch ihn und nach ihm anzuerkennen. Die von Willy Brandt eingeleitete Entspannungspolitik, der Grundlagenvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten sowie das Abkommen von Helsinki hatten damit zu tun, dass der Westen der Mauerrealität nicht mehr ausweichen konnte. Tatsache ist jedoch:

Die Errichtung der Berliner Mauer war keine Lösung, um die Existenz der DDR zu retten. Internationale Konflikteindämmung und Machterhalt der SED-Führung erfolgten auf Kosten der Freiheit der eingemauerten Bevölkerung der DDR.

Als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten und mit dem Blick auf das endgültige Scheitern des Staatssozialismus können wir den damaligen Rettungsversuch der DDR durch die Mauer nicht rechtfertigen. Die Logik des Kalten Krieges ist nicht die Logik demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten, denn der Preis für diese Art der Rettung der DDR war die endlos aufgeschobene und nie eingelöste Demokratisierung der Gesellschaft, die Akzeptanz und Gewöhnung an beachtliche Einschränkungen individueller Freiheitsrechte. ...

An der bitteren Einsicht, dass der Staatssozialismus in der DDR am Ende war, als die Mauer gebaut wurde und es kein Konzept zu ihrer Überwindung gab, führt kein Weg vorbei. Die Bevölkerung der DDR war zum Bau der Mauer und zu ihrer Fortexistenz nie gefragt worden. Die Mauer wurde so zum Symbol des Demokratiedefizits in der DDR. Bürgerrechte, wie Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit und Reisefreiheit, waren zentrale Forderungen der späten 80er Jahre an eine DDR, die sich demokratisieren sollte. Dass in diesem Kontext die Mauer friedlich fiel und dass es in diesem historischen Moment keine verzweifelte letzte Staats-Gewalt gab, bleibt ein breit getragenes demokratisches Merk-Mal. Als die Grenzen geöffnet waren, wählten die Menschen den bis dahin gekannten Sozialismus ab.

Sozialismus gedeiht eben nicht als Befehlssystem, nicht unter Bajonetten, nicht im Schatten von Panzern, nicht hinter Mauern. Ein Staat, der sein Volk einsperrt, ist weder demokratisch noch sozialistisch. Was immer die konkreten, historischen Umstände waren, die zu dem Ereignis am 13. August 1961 führten – diese Lehre ist für die PDS unumstößlich.

Kein Staat darf seine Bürgerinnen und Bürger zwingen in ihm zu leben, wenn sie es nicht wollen. Jede und Jeder hat nur ein Leben und muss selbstbestimmt entscheiden können, wo sie oder er es verbringt.

Es gibt keine Rechtfertigung für die Toten an der Mauer

Kein Ideal und kein höherer Zweck kann das mit der Mauer verbundene Unrecht, die systematische Einschränkung der Freizügigkeit und die Gefahr für Freiheit sowie an Leib und Leben, beim Versuch das Land dennoch verlassen zu wollen, politisch rechtfertigen. Auch wegen historischer Umstände vorgenommene Menschenrechtsverletzungen bleiben elementare Menschenrechtsverletzungen.

Am 40. Jahrestag des 13. August 1961 gilt deshalb unser Gedenken den an der deutsch-deutschen Grenze zu Tode Gekommenen, den Verletzten, den Inhaftierten und von Repressalien Betroffenen sowie ihren Angehörigen. Wir bedauern das von der SED als der dafür verantwortlichen politischen Kraft ausgegangene Unrecht. Das Schicksal der Opfer und die Einschränkungen der Würde und der Lebenswege vieler Menschen berühren uns tief. ...

(Vgl. auch: Erklärung zum 40. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer. Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS. 26. Juni 2001)



29./31. Januar 1993: Aus dem Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus

Beschlossen von der 1. Tagung des 3. Parteitages der PDS, 29. bis 31. Januar 1993

... Der Sozialismusversuch in der DDR hat die Lebensgeschichte der Menschen im Osten Deutschlands entscheidend geprägt. Zu ihren Erfahrungen zählen die Beseitigung von Arbeitslosigkeit, weitgehende Überwindung von Armut, ein umfassendes soziales Sicherungssystem, bedeutende Elemente sozialer Gerechtigkeit, insbesondere ein hohes Maß an sozialer Chancengleichheit im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie in der Kultur, neue Rechte für Frauen und Jugendliche. Die DDR war ein Staat, der konsequent mit dem deutschen Großmachtchauvinismus gebrochen hatte. Jedoch war auch die DDR-Gesellschaft nicht in der Lage, einen wirksamen Beitrag zum Ausbruch aus der bedrohlichen globalen Entwicklungslogik zu leisten. Und es ist deutlich geworden, dass ein Sozialismusversuch, der nicht von der großen Mehrheit des Volkes erkämpft, entwickelt und getragen wird, der nicht die Selbstbefreiung des Menschen gewährleistet, früher oder später scheitern muss.

Der Weg im Osten wie im Westen war zunächst vom Willen und Einfluss der jeweiligen Siegermacht und vom Kalten Krieg bestimmt. Ostdeutschland entwickelte sich unter anhaltend ungünstigen äußeren Wirtschaftsbedingungen, litt unter dem Aderlass der Zahlung von 96 Prozent der Reparationen für ganz Deutschland und der Spaltung des gesamtdeutschen Wirtschaftssystems. Die Embargopolitik der westlichen Länder und dadurch begünstigte Autarkiebestrebungen schlossen die DDR weitgehend von der internationalen Arbeitsteilung außerhalb des RGW aus. Auch innerhalb des RGW wurde keine effektive Arbeitsteilung verwirklicht. Die DDR war einer Bedrohungs- und Konfrontationspolitik ausgesetzt. Die Beteiligung an dem von den kapitalistischen Ländern ausgehenden Wettrüsten verzehrte einen beträchtlichen Teil ihrer Wirtschaftskraft und beschleunigte den Niedergang.

Das Scheitern des sozialistischen Versuchs in der DDR ist ursächlich mit dem Scheitern des Modells der Sowjetunion verbunden. Dem welthistorischen Ereignis der sozialistischen Oktoberrevolution von 1917 verdankt die Menschheit grundlegende günstige Entwicklungen im 20. Jahrhundert. Sie hat den Zusammenbruch des Kolonialsystems befördert und dazu beigetragen, soziale und politische Zugeständnisse an die arbeitenden Menschen in den kapitalistischen Zentren durchzusetzen. Wesentlichen Anteil hatte die UdSSR an der Niederschlagung des deutschen Faschismus. Von Anfang an wurde der Versuch, eine sozialistische Ordnung zu schaffen, aber dadurch beeinträchtigt, dass er am Rande und außerhalb der entwickelteren kapitalistischen Industrieländer erfolgte, in einem sozialökonomisch, politisch und kulturell zurückgebliebenen Land, ständig bedroht von einer kapitalistischen Umwelt. Bis zur Unkenntlichkeit entstellte wurde das, was als Aufbau des Sozialismus gedacht war, durch die von Willkür, Grausamkeit und Bürokratie erfüllte Herrschaft des Stalinismus.

Der Sozialismus in Osteuropa und in der DDR war nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt. Sein Zusammenbruch war eine notwendige Folge seiner zunehmenden Unfähigkeit, das Eigentum an den

Produktionsmitteln in einer für die Produzenten spürbaren Weise zu vergesellschaften. Alle Versuche zur Erneuerung und Rettung des Sozialismus wurden letztlich blockiert. Es gelang nicht, die erforderliche ökonomische Effektivität zu erreichen und sie mit wirtschaftlicher und politischer Demokratie sowie konsequenter ökologischer Orientierung zu verbinden. Die verabsolutierte Entgegensetzung von Plan und Markt führte zum Fehlen von Selbstregulierungsmechanismen in der Wirtschaft und zur Totalplanung. Bürokratische Verstaatlichung beherrschte das gesellschaftliche Leben. Trotz einiger bedeutender Schritte zur Gleichberechtigung und ökonomischen Unabhängigkeit der Frau wurde auch das Patriarchat nicht ernsthaft erschüttert. Die traditionelle Gewaltenteilung wurde abgelehnt, der Sinn demokratischer Wahlsysteme missachtet; Mitbestimmungs- und Mitentscheidungsrechte wurden deklariert, aber zu selten realisiert. Es kam zu einer falschen, in großem Maße von Misstrauen gegen die Bevölkerung des eigenen Landes erfüllten Sicherheitspolitik. Hinzu traten Bevormundung der Rechtsprechung, Verletzungen der Freiheit von Wissenschaft und Kultur, Mediengängelei. Eine überzeugende alternative gesellschaftliche Produktions- und Lebensweise mit dem Ziel solidarischer Individualitätentfaltung und im Einklang mit der Natur wurde nicht geschaffen.

Immer deutlicher wurde: Eine demokratische sozialistische Gesellschaft, nicht bestimmt vom Profitprinzip, kann nur auf den gemeinsamen Anstrengungen unterschiedlicher sozialer und politischer Kräfte basieren, oder sie muss untergehen. Sie braucht die Austragung der realen Widersprüche, Kompromiss und Konsens, Toleranz und demokratische Offenheit in einem pluralistischen Prozess politischer Willensbildung. Wir brauchen neue Zugänge zu Theorie und Praxis des Sozialismus.

Unsere heutige Kritik am sozialistischen Versuch läuft weder auf Abwertung der vergangenen gesellschaftlichen Verhältnisse noch auf Ablehnung oder auf Nichtachtung des persönlichen Einsatzes von Frauen, Männern und Jugendlichen hinaus. Für die Geschichte, Gegenwart und Zukunft Deutschlands wie auch für die Politik demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten in diesem Land ist es ebenso notwendig, sich mit den Defiziten der DDR-Gesellschaft auseinander zusetzen, wie die Berechtigung und Rechtmäßigkeit einer über den Kapitalismus hinausgehenden Entwicklung auf deutschem Boden zu verteidigen.



26. Mai 2003: "Sozialismus entsteht in und aus der Gesellschaft"

Erklärung des Parteivorstandes der PDS zum 50. Jahrestag des 17. Juni 1953

... Erst in ihrem 41. Jahr konnte in der DDR offen der Opfer gedacht und der offizielle Umgang mit dem 17. Juni diskutiert werden. Die Forschungen vieler Historikerinnen und Historiker, darunter Genossinnen und Genossen der PDS, belegen, dass im Juni 1953 sowjetisches Militär und bewaffnete Organe der DDR gegen Menschen vorgingen, die vielfach für soziale Gerechtigkeit und Mitbestimmung demonstrierten. Unter den Opfern waren nicht wenige, die völlig zu Recht gegen eine Politik und einen Politikstil protestierten, die in ihren Augen nicht zukunftsfähig waren. Viele Streikende und Demonstrierende wollten das stalinistische Regime durch einen freiheitlichen, demokratischen Sozialismus ablösen.

Im Juni 1953 lag die militärische Niederlage des deutschen Faschismus gerade acht Jahre zurück. Während in Westdeutschland die Restauration der alten Besitz- und Machtverhältnisse stattfand, wurde im Osten schrittweise ein Gesellschaftsmodell sowjetischer Prägung eingeführt. Die innen- und außenpolitische Souveränität beider Teile Deutschlands, die sich im Kalten Krieg feindlich gegenüberstanden, war eingeschränkt. Ein großer Teil der SED- und Staatsführung der DDR war, aus der Emigration und den faschistischen Kerkern kommend, von der sowjetischen Siegermacht geprägt und hatte nicht vergessen, dass es Deutsche waren, die sie vertrieben, in die Zuchthäuser und Konzentrationslager brachten. Dadurch waren viele von ihnen unduldsam geworden – weniger gegen sich selbst als gegen alle anderen, die nicht so dachten wie sie.

Der Anspruch der SED, "objektive gesellschaftliche Interessen" zu verwirklichen und die Gesellschaft zur Assoziation Gleicher zu führen, war unter den Bedingungen der diktatorischen Anwendung ihrer Macht weder realisierbar noch emanzipatorisch. Ihre Politik zeugte Partei- und Gesellschaftsstrukturen, die

Sozialismus als konsequente Menschenrechtsbewegung unmöglich machten. Diese Strukturen verhinderten bzw. beschränkten Initiative, Innovation und demokratische Politikentwicklung. Auch und insbesondere der 17. Juni 1953 zeigt, dass der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft mit diktatorischen Mitteln nicht möglich ist.

Die Menschenrechtsverletzungen im Namen des Sozialismus sind nicht entschuldbar. Die Repressionen beförderten Antikommunismus und machten es jenen leicht(er), die Sozialismus grundsätzlich ablehnen bzw. bekämpfen.

Wir wollen gemeinsam mit anderen für die demokratische, soziale, ökologische und kulturelle Erneuerung unserer Gesellschaft eintreten, für Menschen- und Bürgerrechte. Zugleich wollen wir öffentlich mit allen Interessierten über unseren neuen Programmentwurf diskutieren. In diesem heißt es: "Sozialismus entsteht in und aus der Gesellschaft oder überhaupt nicht."

(Vgl. auch: Der 17. Juni 1953 - eine spontane Arbeitererhebung. Erklärung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS vom 25. April 2003)

* * *

12. September 2004: Herbst 1989: Für eine andere DDR - Chancen und Grenzen

Erklärung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS vom 12.09.2004

1. Der Aufbruch des Volkes für eine erneuerte DDR im Herbst 1989 war Teil eines Prozesses, der schließlich mit dem Untergang des Staatssozialismus in Europa eine weltgeschichtliche Zäsur setzte: Was als hoffnungsträchtige Alternative zur kapitalistischen Ordnung mit der russischen Oktoberrevolution 1917 in die Welt getreten war und auf einem großen Teil des Erdballs Fuß gefasst hatte, endete letztlich in einer zivilisatorischen Sackgasse: Mehrheiten der Bevölkerung in diesen Ländern suchten ihre Zuflucht in der Restauration der spätkapitalistischen Ordnung. Der Untergang des Gegenpols zum kapitalistischen System veränderte von Grund auf die internationalen Handlungsbedingungen aller Staaten und machte den Weg zur globalen Dominanz der USA frei. Für die DDR endete der epochale Umbruch mit der Aufgabe ihrer Souveränität und dem Beitritt zur BRD. Damit wurden alle Lebensbereiche dem Diktat einer immer weniger "sozialen", einer neoliberal dirigierten Marktwirtschaft, des Kapitalismus, unterworfen. Die bisherigen DDR-Bürger gerieten in eine Gesellschaft, die selbst umfassend von Struktur- und Wirtschaftskrisen geschüttelt wird.

Die demokratische Massenbewegung, die im frühen Herbst mit den immer stärker anschwellenden Demonstrationen in Leipzig und anderen Städten eingesetzt hatte, wollte zunächst weder die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der DDR umwälzen, noch eine "Wiedervereinigung Deutschlands" heraufbeschwören. Die über 500.000 Demonstranten auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November 1989 forderten eine demokratisch erneuerte, souveräne DDR. Sie wollten die Fesseln der stalinistisch geprägten politischen Ordnung abwerfen und das Machtmonopol der SED in allen Lebensbereichen brechen. Ein Sozialismus sollte verwirklicht werden, der den mit ihm unlöslich verbundenen Freiheits- und Demokratierechten des Volkes Genüge tat. So war der 4. November Höhepunkt einer Welle von Demonstrationen, mit denen der Volkssouverän sich Stimme und Handeln zurückeroberte und die ihn bedrückenden Probleme artikulierte. In Leipzig, Dresden und Berlin hatten seit Anfang Oktober die Demonstranten bereits die Straße erobert. Die Führung und andere leitende Funktionäre der SED akzeptierten in dieser explosiven Situation das Prinzip "Keine Gewalt", so dass eine Sicherheitspartnerschaft von Bürgern und Staat entstehen und die Revolution einen friedlichen Verlauf nehmen konnte.

Die überstürzte, ungeordnete Grenzöffnung am 9. November 1989 durch die SED-Führung veränderte die Situation von Grund auf: Die DDR-Gesellschaft verlor die Zeit und die Handlungsfreiheit für eine Umgestaltung zu einem demokratisch-sozialistischen Gemeinwesen. Der Gestaltungsspielraum für eine längerfristige Anbahnung der deutschen Einheit schwand. Tür und Tor für den Weg in die Selbstaufgabe und den Untergang der DDR standen offen.

Als Nachfolgerin der SED sieht sich die PDS in der besonderen Pflicht und Verantwortung, kritisch auf die Rolle dieser Partei, auf deren politisches Versagen und historische Schuld an der Zerstörung der DDR zurückzublicken. Sie wurde selbst aus der Mitgliederbasis der SED heraus in der Bewegung gegen Stagnation und Deformation geboren. Ihr Außerordentlicher Parteitag im Dezember 1989 entschuldigte sich für die Fehler und Verbrechen der SED beim Volk, brach mit dem Stalinismus und entmachtete endgültig die autokratische, zu innovativen gesellschaftlichen Alternativen unfähige Führung der SED. Er verwarf das bolschewistische Konzept von der "Partei neuen Typus" sowie die Bindung an das sowjetische Gesellschaftsmodell und vollzog einen Durchbruch zum Denken und Handeln im Geiste eines demokratischen Sozialismus.

2. Die Massenbewegung im Herbst 1989 entfaltete sich vor dem Hintergrund einer umfassenden Krise des staatssozialistischen Gesellschafts- und Herrschaftssystems, die im Laufe der achtziger Jahre den gesamten Machtbereich der UdSSR erfasste. Dieses System erwies sich zwar als geeignet, mittels Verstaatlichung aller wesentlichen Bereiche von Gesellschaft und Wirtschaft Grundprozesse einer möglichen Entwicklung zu einem Sozialismus einzuleiten. Es verwirklichte in wesentlichen Teilen Ziele der Arbeiterbewegung, von der Brechung des Bildungsmonopols der begüterten Klassen bis zur Gleichberechtigung der Frauen. Die dabei gewonnenen Erfahrungen behalten ihren Wert im Kampf um Gerechtigkeit und soziale Sicherheit. Das Gesellschaftsmodell brachte jedoch keine eigenen objektiven Triebkräfte hervor. Es erstarrte in einem administrativ-zentralistischen Kommandosystem, das den mit der Produktivkraftrevolution seit den sechziger Jahren und den unerbittlichen Erfordernissen der Globalisierung sprunghaft steigenden Anforderungen an Flexibilität und Mobilität nicht gerecht werden konnte. Überdies war es einem ruinösen Rüstungswettlauf ausgesetzt, den es selbst mit forcierte. Die durch wirtschaftliche Krisenprozesse mit dem Neuen Ökonomischen System in den sechziger Jahren angestoßenen begrenzten Reformansätze wurden abgebrochen, die Reformentwürfe im Prager Frühling 1968 bekämpft und kritische Denker – Kommunisten wie Wolfgang Harich, Fritz Behrens, Robert Havemann oder Rudolf Bahro und andere Linke – überhört, verfolgt, verurteilt, ausgewiesen.

Die SED-Führung erkannte nicht, dass reale politische Mitbestimmung und demokratische Öffentlichkeit unabdingbar waren, um die kreativen und innovativen Kräfte der Gesellschaft freizusetzen. Sie hielt stattdessen an ihrer Praxis des Meinungsdictats, der Bekämpfung aller Andersdenkenden und der Entmündigung der Bürger fest. Sie verwarf den – verspäteten – Versuch der KPdSU-Führung, mittels der Perestroika die Verkrustung der Gesellschaft aufzubrechen, und flüchtete sich in hilflose Machtarroganz sowie politische und ideologische Disziplinierungsversuche. Sie diffamierte durch ihre politische Praxis die Idee des Sozialismus und suchte außerdem ihre eigene Interpretation zu verewigen. Der Begriff des "realen Sozialismus" signalisierte den Rückzug auf die dauerhafte Fixierung des bestehenden Systems und die Absage an die emanzipatorischen Verheißungen der sozialistischen Arbeiterbewegung. Der verkündete "Sozialismus in den Farben der DDR" bedeutete ein Gegenmodell zu jeder Demokratisierung, die die "führende Rolle der Partei" hätte schmälern können. Wahlfälschungen, Dialogverweigerung, wirtschaftliche Ineffizienz und Gängelung trugen dazu bei, dass die politische Legitimation der SED vollends verfiel. Große Teile der Bevölkerung, insbesondere der jüngeren Generation, hatten Ende der achtziger Jahre mit diesem Realsozialismus gebrochen. Viele nutzten die erste sich bietende Gelegenheit zur Flucht. Es bedurfte nur noch eines Anlasses, um die Geduld des Volkes zu erschöpfen. Zum Stein des Anstoßes wurde die Reisefrage.

3. In dieser Situation bekannten sich die aus der Illegalität und dem Schutz der Kirche heraustretenden und schnell Massenzulauf gewinnenden Bürgerbewegungen zum "Wir bleiben hier!" und zur Erneuerung der DDR. Ungeachtet ihrer differenzierten politischen Ausrichtung stimmten sie zunächst darin überein, einen längst überfälligen gesellschaftlichen Dialog als Mindestform demokratischen Umgangs durchzusetzen. Die Sprachlosigkeit beenden, das wollten auch die meisten DDR-Bürger. Die Bürgerbewegungen verlangten öffentlich in ihrer Mehrheit einen Sozialismus, der die Menschenrechte umfassend verwirklichte, eine funktionierende parlamentarische und Basisdemokratie, eine effiziente Wirtschaft, leistungsfähigen Sozialpolitik, soziale Gerechtigkeit, gesunde Umwelt; sie traten für umfassende Friedenssicherung und Abrüstung ein und bekannten sich zum Pazifismus. In vielen dieser Grundforderungen trafen sie sich mit Reformkräften in der SED. Das Misstrauen der Anhänger der

Bürgerbewegungen gegenüber der SED und deren Allmacht sowie die Forderung nach Auflösung des MfS stießen aber bei Mitgliedern und Funktionären der SED oft auf Unverständnis und Widerspruch. Dies verhinderte ein koordiniertes Zusammenwirken. Auch die unentschlossene Politik in der Machtfrage hemmte den Erfolg der Bürgerbewegungen. Dennoch waren ihr – und vieler einfacher Bürger – Mut und Entschlossenheit für den weiteren Verlauf der Umgestaltung der DDR im Herbst 1989 ausschlaggebend. Die SED-Reformer und die Masse der Parteimitglieder zauderten und gingen die Erneuerung zu spät und inkonsequent an. Jedoch begünstigten SED-Funktionäre vor Ort das Handeln der Bürgerbewegungen; auch SED-Mitglieder reihten sich in sie ein. Auf der Staatsebene war es das Verdienst der Regierung unter Hans Modrow, in Zusammenarbeit mit den sich überall bildenden Runden Tischen den gesellschaftlichen Dialog einzuleiten.

In dieser Phase der demokratisch-sozialistischen Erneuerung der DDR strich die Volkskammer die "führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse" in der Verfassung. Staatsmacht und SED wurden von einander getrennt, freie Wahlen anberaumt und am Zentralen Runden Tisch der Entwurf einer neuen Verfassung erarbeitet – ein Dokument, das als Vermächtnis der sich erneuernden DDR gelten kann.

Es gelang jedoch nicht, dauerhaft etwas Neues aufzubauen und gegen die auf dem Boden der DDR sich rasch ausbreitende westdeutsche Übermacht zu behaupten, die energisch und zielstrebig auf den Abbruch jeder Art "sozialistischen Experiments" hinwirkte.

4. Die enttäuschte und politisierte Bevölkerung ahnte instinktiv, dass eine auf die DDR beschränkte demokratisch-sozialistische Erneuerung ein Experiment mit ungewissem Ausgang sein würde. Sie hatte die Mängel in der eigenen Versorgung wie den Glanz westlicher Schaufenster, das Überangebot an Waren und den insgesamt höheren materiellen Lebensstandard in der Bundesrepublik vor Augen; zugleich war sie einer massiven ideologischen Beeinflussung ausgeliefert. Die Massenstimmung schlug um: Es gewann die Illusion Oberhand, dass sich die soziale Sicherheit der DDR mit harter D-Mark, höherem Lebensstandard, Reisefreiheit und anderen Vorzügen der Bundesrepublik verbinden würde. Der Ruf "Wir sind das Volk!" wurde vom "Wir sind ein Volk!" übertönt. In dieser Situation beschränkten sich auch die Bürgerbewegungen mehr und mehr auf den Kampf gegen Institutionen der Repression wie das MfS und dessen Nachfolger sowie die Entlarvung der SED. Währenddessen rangen SED-Reformer um die Erneuerung der Partei und gegen deren Auflösung.

Die BRD-Regierung erkannte im Laufe des November und Dezember 1989 die Chance, in Abstimmung mit den USA und mit Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft die akute Krise im Ostblock und in der DDR auszunutzen. An die finanziellen und wirtschaftlichen Hilfsersuchen der Modrow-Regierung anknüpfend, diktierte die Regierung Kohl Bedingungen, die auf einen unumkehrbaren gesellschaftlichen Umbau der DDR in Richtung kapitalistische Marktwirtschaft hinausliefen. Der DDR-Regierung wurde alsbald Hilfe versagt, der Kurs auf eine schnelle Eingliederung der DDR in die BRD eingeschlagen. Die Ankündigung einer Währungsunion im Februar 1990 durch die Bundesregierung und der zunehmende Druck auf alle Kräfte, die an einer eigenständigen Entwicklung festhalten wollten, trugen dazu bei, dass viele DDR-Bürger nur noch in der CDU/CSU bzw. ihrem DDR-Ableger "Allianz für Deutschland" eine Zukunft sahen.

Die internationale Situation erleichterte das Vorhaben der Kohl-Regierung. Diese konnte durch ihre Politik der "Einbettung der deutschen Einheit in den europäischen Einigungsprozess" westliche Befürchtungen vor einer wiedergeborenen Großmacht Deutschland im Herzen Europas zerstreuen und Zustimmung erreichen. Ausschlaggebend wurde, dass die Supermacht UdSSR unter M. S. Gorbatschow frühzeitig signalisierte, sie würde sich der Vereinigung der zwei deutschen Staaten nicht widersetzen.

5. Zwar hatte die Regierung Modrow anfangs Schlüsselpositionen noch mit Kräften aus der SED besetzt, doch führten die Abstimmung und Kooperation mit dem Zentralen Runden Tisch und der Einheitsdrang der Bevölkerung in der DDR dazu, dass der politische Einfluss der ehemals "führenden Partei" schwand. Die Auseinandersetzung konzentrierte sich auf die MfS-Auflösung, betraf aber alle alten Machtstrukturen. Die Regierung und viele Mitarbeiter der staatlichen und kommunalen Verwaltungen, zahlreiche Wirtschaftsfunktionäre und andere Verantwortungsträger sorgten dafür, dass die friedlich begonnene

politische Revolution nicht im Chaos versank, dass Stabilität und Versorgung des Landes gewährleistet blieben. Mit den Wahlen am 18. März 1990 auf der Grundlage eines parlamentarisch-pluralistisch bestimmten Wahlgesetzes errangen vorwiegend konservative, zur Kapitulation vor der BRD bereite Kräfte die Macht.

Die Umwälzung in der DDR, ausgelöst durch innere Widersprüche und Konflikte, hatte als Revolution für einen demokratischen Sozialismus begonnen. Mit dem Fall der Mauer, dem moralischen und politischen Bankrott der SED-Führung und unter der unmittelbaren Einwirkung westdeutscher Akteure endete sie mit der Neuvergabe der Macht und der Errichtung eines politischen Systems, das die Restauration des Kapitalismus vollzog.

Die von vielen gewünschte Einheit Deutschlands brachte den Ostdeutschen wichtige Freiheitsgewinne und verbesserte für einen Teil von ihnen die soziale Situation. Doch zugleich bescherte sie in einer parlamentarischen Demokratie die Erfahrung, dass auch im Rechtsstaat der Willen und die Interessen des Volkes verzerrt oder gar missachtet werden können. Die Lebensleistungen nicht weniger DDR-Bürger wurden entwertet, und für viele führte der Weg in den sozialen Abstieg.

6. Das Ende der DDR ermöglichte den Triumph des Neoliberalismus in der Politik aller etablierten Bundestagsparteien und im öffentlichen Bewusstsein. Der Untergang der DDR bedeutete auch den Abschied von der sozialen Marktwirtschaft und des ihr zugrunde liegenden Wohlverhaltenspaktes zwischen Unternehmern und Beschäftigten der Alt-BRD. Enteignung der DDR-Bürger von ihrem gesellschaftlichen Reichtum, Überstülpung reformbedürftiger West-Strukturen, massiver Elitenaustausch, Wiederkehr der Arbeitslosigkeit, ein sich auflösendes Sozialsystem, Deindustrialisierung Ostdeutschlands und kulturelle Ausdünnung sind die Folgen. Erstmals seit 1945 beteiligte sich ein deutscher Staat wieder an Kriegen.

15 Jahre nach dem Herbst 1989 stellen sich die Bundesrepublik Deutschland und vornehmlich Ostdeutschland nicht als das verheißene blühende Land dar, sondern als Staat, in dem die Politiker durch ihr Handeln die Wähler von den Wahlurnen vertreiben und extreme Politikverdrossenheit schüren; die Wirtschaft ist nicht in der Lage, hinreichend Beschäftigung zu bieten; schwer errungene Rechte der Arbeitenden werden abgebaut; die soziale Kluft in der Gesellschaft verbreitert sich, das Lebensniveau der Arbeitenden sinkt und die Armut nimmt zu. Das Land steckt in einer sozialen und moralischen Krise. Immer offenkundiger wird die Untauglichkeit des auf Profitmacherei ausgerichteten Systems, elementare und existenzielle Konflikte und Widersprüche in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu meistern. Der Druck, sie zu lösen, wächst.

Der Herbst 1989 gab zu erkennen, wie abrupt ein politisch-sozialer Sturm in einer Gesellschaft losbrechen kann - wenn Spannungen, Hoffnungslosigkeit und Entmündigung unerträglich werden. Daraus ist 1989 eine der größten Volksbewegungen für die Würde und die Selbstbestimmung des Menschen in der deutschen Geschichte entstanden. So ist die Erinnerung an diese Zeit verknüpft mit der Gewissheit und Erfahrung von der Kraft des Volkes. Sie verpflichtet auch und gerade eine demokratisch-sozialistische Partei.

* * *

18. April 2005: 8. Mai 1945 - Tag der Befreiung

Politische Erklärung des Parteivorstands der PDS zum 60. Jahrestag der Befreiung

Der 8. Mai 1945, Tag der Befreiung oder Tag der deutschen Niederlage, diese Frage spaltet die deutsche Debatte – aktuell wie historisch, 2005 wie in den Jahren zuvor. Für die PDS ist der 8. Mai das historische Datum der Befreiung von dem menschenverachtendsten, barbarischsten System in der Weltgeschichte: dem deutschen Faschismus.

Befreit wurden Menschen aus Zuchthäusern, Gefängnissen und Vernichtungslagern, befreit wurden Menschen von den Schrecken und Vernichtungen des Krieges, befreit wurden Bürgerinnen und Bürger

von politischer Verfolgung und Demütigung, befreit wurde die Welt, Europa und Deutschland. Der 8. Mai 1945 war ein Neubeginn für Demokratie, Humanismus, Kultur und freien Geist. Zwischen Befreiung und Niederlage gibt es kein sowohl als auch. Deutschland musste von der Anti-Hitler-Koalition militärisch besiegt werden. Der Widerstand war nicht stark genug, dies aus eigener Kraft zu vollbringen.

In Deutschland wurde der 8. Mai 1945 individuell sehr unterschiedlich erlebt: Hoffnungen und Ängste, Leid und Ende von Leiden, Flucht und Neubeginn, Vernichtung und Zerstörung, all dies traf nunmehr die Menschen in Deutschland. Der Krieg, der von Berlin ausging, das erlebte unendliche Grauen, war an seinen Ausgangspunkt zurückgekehrt. Darunter hatte vor allem die Zivilbevölkerung zu leiden.

Wer über 1945 spricht, darf über 1933 nicht schweigen. Es ist ein bleibendes Verdienst des konservativen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, diese Wahrheit und Weisheit 1985, im 40sten Jahr der Befreiung ausgesprochen zu haben. Zuvor war es vorwiegend die politische Linke, die dem deutschen Geschichtsrevisionismus entgegentrat. Beispiellos waren die Verbrechen des deutschen Faschismus – der industrielle Massenmord an den Jüdinnen und Juden Europas, an den Sinti und Roma, die Morde in den besetzten Gebieten, die Vernichtung des politischen Gegners, von Menschen, deren Leben von den Faschisten als unwert behandelt wurde oder die sich den unmenschlichen Normen nicht unterordnen wollten.

Die PDS gedenkt aller Opfer und allen, die Widerstand leisteten; allen, die aus und vor der Wehrmacht desertierten oder sich dem Nazi-Staat verweigerten. Demokratische Sozialistinnen und Sozialisten widersetzen sich einer Ein- und Abstufung der Opfer und des Widerstandes ebenso wie einer Einteilung der Anti-Hitler-Koalition in Befreier und Besatzer. Kein Opfer darf vergebens und kein Widerstand vergessen sein. ...

Trennschärfe, Aufklärung und Entschlossenheit können helfen, die Auseinandersetzung mit Rechts zu führen. Deutsche Leitkultur, nationale Rhetorik, soziale Demagogie, Ausländer und andere Kulturen als Feindbilder liefern hingegen die Stichworte, derer sich die Rechtsextremen in ihrem Kampf gegen Demokratie bedienen. Deutschland braucht keine starken Führer, wie es NPD und DVU behaupten; Deutschland braucht eine starke Demokratie, lebendige Parlamente, mehr soziale Gerechtigkeit, Friedensfähigkeit und Abrüstung, Deutschland braucht Weltoffenheit.

Auch die Politik der Linken muss trennscharf sein: Demokratische Sozialistinnen und Sozialisten sagen ja zu Europa, einem anderen Europa. Unser Blick geht nach vorn und nicht zurück zum Nationalstaat. Demokratische Sozialistinnen und Sozialisten protestieren gegen die Kriegspolitik des US-Präsidenten und der Kräfte neben, vor und hinter ihm. Unser Protest ist nicht anti-amerikanisch, im Gegenteil. Demokratische Sozialistinnen und Sozialisten überlassen weder Protest noch Bewegungen den Rechtsextremen. Protest muss trennscharf sein: Keine gemeinsamen Aufrufe mit Rechtsextremen, keine Demonstrationen, auf denen sie sich breit machen können, kein Mikrofon für Rassismus und Faschismus. Weder in Kommunen noch Landtagen stimmt die PDS Anträgen von DVU und NPD zu. Konsequenz setzen wir uns mit diesen rechtsextremen Parteien auseinander. ...

Die Botschaft der Überlebenden "Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus!", einfach, klar und schnörkellos, ist nicht eingelöst. Krieg ist nach Europa zurückgekehrt, Faschismus und Rechtsextremismus bedrohen die Demokratie.

"Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus" soll und muss am Beginn des 21. Jahrhunderts Europa mit seiner geistigen Wurzel, der Befreiung vom Hitlerfaschismus, mit dem 8. Mai 1945, neu verknüpfen.

(Vgl. auch: 8. Mai 1945. Erklärung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus vom 05. April 2005)

II. Auseinandersetzung mit der Geschichte der SED

Wir setzen uns dafür ein, dass den Opfern stalinistischer Verbrechen ein bleibendes Gedenken in unserer Gesellschaft bewahrt wird.“ Nicht neu, aber immer noch richtig:

16. Dezember 1989: "Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!"

Rede von Prof. Dr. Michael Schumann auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS am 16. Dezember 1989 in der Dynamo-Sporthalle in Berlin

Was jetzt zum Vortrag kommt, liebe Genossinnen und Genossen, ist das Ergebnis der Tätigkeit einer Arbeitsgruppe, die unter Verantwortung des Arbeitsausschusses bzw. Vorstandes relativ sehr kurzfristig - wie könnte es anders sein - gearbeitet hat. Es ist dementsprechend das, was hier vorgetragen wird, als ein erster und vorläufiger Versuch der Analyse zu werten. Die theoretisch-ideologische Bewältigung eines so komplizierten und komplexen Problems wie die Frage nach den Ursachen der Krise und die Verantwortung der SED, fordert den Einsatz des ganzen intellektuellen Potentials der Partei und bleibt eine Aufgabe, der wir uns auch in Zukunft mit aller Kraft stellen müssen, um zu weiteren Schlussfolgerungen für die radikale Erneuerung der Partei zu gelangen.

Dennoch - es ist notwendig, auf diesem Parteitag Stellung zu den Ursachen der Krise zu beziehen. Das erwartet die Parteibasis, aus der uns auch viele Hinweise und Gedanken zu diesem Thema zugegangen sind, und das erwartet mit Recht auch die Öffentlichkeit unseres Landes.

Unser Parteitag hat schon am ersten Beratungstag mit Nachdruck erklärt: Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System.

Uns allen hier im Saal - dem einen früher, dem anderen später - ist bewusst geworden, dass für die Krise unseres Landes und unserer Partei die Mitglieder einer inzwischen hinweggefegten Parteiführung die persönliche Verantwortung tragen.

Erich Honecker und sein Politbüro konnten vor allem deshalb einen derartigen Schaden anrichten, weil ein Geflecht von Strukturen allgegenwärtiger Apparate und eine Rechtfertigungsideologie einen derartigen Machtmissbrauch ermöglichten bzw. absegneten.

Die Symptome dieses Machtmissbrauchs liegen inzwischen offen zutage: Konzentration der Macht in den Händen eines arroganten Alleinherrschers, Steuerung der Wirtschaft durch eine Kommandozentrale, der es an Verständnis für elementare Bedürfnisse der produktiven und sozialen Bereiche der Gesellschaft und für die Lebensqualität der Bevölkerung fehlte, Reglementierung und bürokratische Zentralisation von Kultur, Wissenschaft und Bildung, die kritische Geister außer Landes trieb, politische Entmündigung der Bürger unserer Republik und Kriminalisierung Andersdenkender, Verwandlung der Medienlandschaft in eine trostlose Informationswüste und eine widerliche Hofberichterstattung, Ausgrenzung der Parteibasis aus allen innerparteilichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen.

Im Umfeld dieses Machtmissbrauchs breitete sich der Morast der Korruption und der persönlichen Bereicherung aus. Unerträgliche Herrscherallüren einer Führungsgruppe und mancher Nacheiferer auch auf unterer Ebene haben unsere Partei in Verruf gebracht. Zwischen Führung und Volk, zwischen Parteispitze und Parteibasis tat sich eine tiefe Kluft auf. Aus einzelnen und aus Gruppen, die auf Veränderungen drängten, wuchs eine umfassende Volksbewegung. Sie forderte ihre Rechte auf der Straße ein, als das Land an einer Massenflucht zu Grunde zu gehen drohte.

Die Bewegung zur Erneuerung des Sozialismus ist ihrem Wesen nach eine revolutionäre Bewegung. Die Politbürokraten verunglimpften den Aufbruch des Volkes als Konterrevolution und wollten ihn mit Gewalt unterdrücken. In Wirklichkeit waren sie in dieser Situation die Konterrevolutionäre. (Beifall)

Viele Persönlichkeiten - Künstler, Arbeiter, Schriftsteller und Wissenschaftler und unter ihnen auch viele Mitglieder und Funktionäre unserer Partei - hatten schon warnend die Stimme erhoben.

Unsere Partei war mit so manchen ihrer Mitglieder an der Volksbewegung beteiligt. Als Organisation hat sie die Umgestaltung nicht einzuleiten vermocht, ja sie hat zunächst auch nicht den Charakter des Erneuerungsprozesses verstanden. Deshalb ist die Partei in der Zeit zwischen den Oktobertagen und unserem außerordentlichen Parteitag in eine Situation geraten, in der sie um ihre Existenz kämpfen muss. Hierfür trägt bereits die auf den Abgang Erich Honeckers folgende Parteiführung die Verantwortung. (Beifall)

Wir mussten immer weiter zurückweichen, weil die Führung um Egon Krenz kein Konzept besaß und nicht zu einem radikalen Bruch mit der Vergangenheit bereit war. Das war in ihrer personellen Zusammensetzung auch nicht zu erwarten.

Ich bringe hier nur folgende Tatsachen in Erinnerung: Es begann mit der Verlegenheitsformel, Honecker sei aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten, und mit der Überrumpelung der Partei durch die 9. Tagung des Zentralkomitees. Der Partei wurde ein leicht verändertes Politbüro aufgenötigt, das mit der Lüge ins Leben trat, die SED-Führung habe die Wende eingeleitet. Die Stoph-Regierung und der Volkskammerpräsident durften weiterwursteln. Es wurde nicht begriffen, dass sich unser Land nicht mit dem Artikel 1 der Verfassung regieren ließ. Dunkle Punkte der Wahlen und Verantwortlichkeit für Gewalt gegen Demonstranten blieben unaufgeklärt. Statt selbst den Sumpf der Bereicherung und der Privilegien trockenulegen, wurde eine die Partei diskreditierende Hinhaltenaktik betrieben. Selbst als alle Tore geöffnet wurden, sollten die Parteimitglieder noch immer von der Inbesitznahme ihrer eigenen Partei ausgesperrt bleiben. Nichts anderes bedeutete der Versuch, einen außerordentlichen Parteitag zu verhindern. (Beifall)

Und wer die Partei gründlich säubern und von unten her erneuern wollte, wurde von dirigierten Leuten in die Spaltrecke gestellt.

Das war der Punkt, an dem die Parteibasis rebellierte und die Erneuerung der Partei von unten begann. Viele Parteiorganisationen wählten oder erneuerten ihre Leitungen, Gruppen von Genossen erarbeiteten Angebote für Programme und Statuten, Genossen gingen auf die Straßen und riefen: "Wir sind die Partei!" Auf diese Bewegung stützte sich der am 3. Dezember gebildete Arbeitsausschuss, der nun die Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages in seine Hände nahm und mit den Untersuchungen von Gesetzesverletzungen und Vergehen, mit der Aufklärung von Fällen der Korruption und des Machtmissbrauchs durch Funktionäre der SED ernst machte.

Dabei, liebe Genossinnen und Genossen, wurde zusehends bewusst, dass die Kette des Machtmissbrauchs weit zurück reicht. Besonders schwer lastet auf uns, dass die Verbrechen der Stalinzeit noch nicht aufgeklärt, viele Opfer des Stalinismus noch nicht rehabilitiert sind. Inzwischen haben viele Betroffene ihr Schweigen gebrochen und sich vertrauensvoll an unsere Partei gewandt. Es lässt sich noch nicht genau übersehen, wie groß der Personenkreis ist, der direkt Repressalien ausgesetzt war, aber wir müssen mit einer hohen Zahl rechnen.

Betroffen waren deutsche Kommunisten, andere Antifaschisten und ihre Familien, die in den dreißiger Jahren und teilweise nach 1945 erneut in der Sowjetunion verurteilt bzw. verbannt wurden. Ein Teil von ihnen kehrte 1956 in die Heimat zurück.

Betroffen waren Sozialdemokraten, die von sowjetischen Sicherheitsorganen, später auch von den Organen unserer Staatssicherheit verhaftet wurden.

Auch KPD-Funktionäre aus den Westzonen gerieten bei Aufenthalten in der DDR in die Fänge sowjetischer Sicherheitsorgane und der mit diesen zusammenarbeitenden deutschen Dienststellen. Gemaßregelt, teils verhaftet und verurteilt wurden Mitglieder und Funktionäre der SED, aber auch anderer Parteien und Organisationen, besonders im Gefolge der in anderen Ländern geführten Prozesse zur Ausschaltung oppositioneller Kräfte.

Und es gibt jene Bürger und Genossen, die auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 aus politischen Gründen verhaftet und oft auch verurteilt wurden, wofür die volle Verantwortung bei Organen der SED und der Staatsmacht liegt.

Täglich werden neue tragische Einzelschicksale bekannt. Uns erwächst daraus eine hohe moralische und politische Verpflichtung. Die Mehrzahl dieser Menschen ist, obwohl sie schlimmen Drangsalen ausgesetzt war, ihren sozialistischen und humanistischen Idealen treu geblieben. Soweit es sich um Genossen unserer Partei handelt, haben sich die meisten nach Wiedererlangung der Freiheit ohne zu zögern weiter in unseren Reihen für eine sozialistische Zukunft eingesetzt, (Beifall) und das, liebe Genossinnen und Genossen, obwohl ihre Rehabilitierung oft nur halbherzig, verklausuliert oder gar nicht erfolgt ist. Vielen können wir noch postum die Ehre zurückgeben.

Wenn wir den Stalinismus dauerhaft überwinden wollen, so dürfen wir nicht nur die Tatbestände benennen, wir haben vor allem nach den Ursachen zu fragen, Ursachen, die nicht nur zur Fortexistenz, sondern in jüngster Zeit auch zu besonders abstoßenden Auswüchsen stalinistischer Herrschaft geführt haben.

Diese Ursachen haben historische Wurzeln, die auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlichem Maße in die Geschichte zurückreichen.

Da gibt es die spezifischen Strukturen, Methoden und Allüren der Honecker-Ära, da gibt es die mit unserer sozialistischen Entwicklung insgesamt verbundenen stalinistischen Deformationen und die Ausprägung eines entsprechenden Herrschaftssystems, da gibt es den Missbrauch der kommunistischen Bewegung durch Stalin nach Lenins Tod und eine bis in die zwanziger Jahre zurückreichende stalinistische Linie, und manches geht wohl auch zurück auf preußisch-deutsches obrigkeitsstaatliches Denken und Handeln.

Wenn so, liebe Genossinnen und Genossen, die gesamte Geschichte unserer Republik und unserer Partei ins Spiel kommt, wir aber den Scheinwerfer auf eine bestimmte Achse unserer Entwicklung richten, besteht die Gefahr eines Bildes der Vergangenheit, das nur eine einzige Farbe hat. Ein solches Bild wäre unwahr, und es wäre ungerecht. Die Abrechnung mit dem Stalinismus ist Teil übergreifender Fragen, und diese lauten:

Was hat der frühe Sozialismus vermocht? Was hat ihn in eine Sackgasse geführt? Welchen Schaden hat der Sozialismus als Bewegung und als gesellschaftliche Praxis durch den Stalinismus erlitten? Das kann heute in aller Breite nicht das Thema sein. Aber die Bürger unseres Landes und die Mitglieder unserer Partei, die sich allzeit guten Glaubens mit Herz und Hand für den Sozialismus auf deutschem Boden eingesetzt haben, brauchen die Gewissheit, dass sie eine gute Spur in der Geschichte gezogen haben. (Beifall)

Sie haben dies getan, indem sie nach der Befreiung vom Naziregime Faschismus und Militarismus überwunden haben, jedenfalls als die Gesellschaft beherrschende Erscheinung, indem sie vor allem auf gesellschaftlichem Eigentum in Industrie und Landwirtschaft beruhende Produktion organisierten, die zeitweise auch ein ansehnliches Wirtschaftswachstum zu gewährleisten vermochte, indem sie unter widrigen Bedingungen einen Volkswohlstand erarbeiteten, der zwar dem Vergleich mit den entwickeltesten Industrieländern nicht standhält, im Weltmaßstab aber im Vordergrund liegt, indem sie Bildungsschranken niederrissen, ein beträchtliches Ansteigen des Bildungsniveaus und die berufliche Qualifikation ermöglichten und ein geistiges Klima schufen, in dem die Idee der sozialen Gerechtigkeit zur Grundüberzeugung vieler Menschen in unserem Lande gehört; indem sie ein soziales Netz und eine Gesetzgebung schufen, die niemanden in die Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit, ins soziale Ausgleiten lässt, indem sie mit Leistungen auf vielen Gebieten der DDR zu internationalem Ansehen verhalfen, indem sie dazu beitrugen, dass sich die DDR den Ruf eines Friedensstaates erwarb, in dem internationale Solidarität und Antifaschismus eine Heimstatt haben.

Dies und manches andere darf in der Kritik am Stalinismus nicht untergehen. Und dies nicht zuletzt deshalb, weil eine sachliche und vernünftige Analyse der Vergangenheit notwendig ist, eine ausgewogene Analyse, um die Erneuerung einleiten zu können, um konkrete Ansatzpunkte für gesellschaftliche Umgestaltungsprozesse sichtbar werden zu lassen. Wenn es von all dem, von dem ich sprach, nichts gäbe, dann könnten wir auch keine Wohnung im europäischen Haus beanspruchen, dann wären wir auch für niemanden ein Partner im Dialog, im Ringen um europäische Sicherheit und Abrüstung, dann würde sich auch keine Hand zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit uns rühren. (Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen! Bekanntlich fassten Marx und Engels den Sozialismus als Kampf für die Befreiung des Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung auf, als Ersetzung der Klassenherrschaft und knechtenden Arbeitsteilung durch, wie es im "Manifest" hieß, eine Assoziation, worin "die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist". Für dieses Ziel, das unter den historischen Bedingungen nur im harten Klassenkampf angestrebt werden konnte, stritt die deutsche Arbeiterbewegung, stritten ihre hervorragendsten Vertreter. Es entstanden in diesem Kampf unterschiedliche Auffassungen über Ziele, Wege und Methoden. Es gab scharfe Gegensätze, die zur Spaltung der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung in die sozialdemokratische und kommunistische Richtung führten. Wie diese ideologische und organisatorische Spaltung sowohl schon in der Entstehungsgeschichte als auch in der weiteren Entwicklung die notwendige Aktionseinheit behinderte, werden die Historiker sicher neu und gründlicher untersuchen.

Wenn wir in unserer Analyse im folgenden auch zu den Verhältnissen in der KPdSU und in der UdSSR in der Vergangenheit einzelne Gedanken äußern, dann stellt dies keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten einer anderen Partei dar, sondern dient dem Selbstverständnis der Entwicklung unserer Partei. Wir wissen uns in diesen Einschätzungen einig mit der sowjetischen Geschichtswissenschaft der Gegenwart.

Im Oktober 1917 trat in Rußland das Volk, geführt von der Bolschewistischen Partei, unter extrem schweren Bedingungen an, den Sozialismus zu verwirklichen. Der Sozialismus trat in einem Land in die Weltgeschichte ein, in dem die materiellen und allgemein kulturellen Voraussetzungen am schwächsten ausgebildet waren. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution wurde durchgeführt und siegte im Zeichen des Völkerfriedens, der Freiheit, der Demokratie, der Menschenrechte und Menschenwürde. Zum ersten Mal in der Weltgeschichte sollten Freiheit und Demokratie auf eine reale ökonomische und politische Basis gestellt werden. In den zwanziger und dreißiger Jahren vollzogen sich in der ökonomisch rückständigen, durch Weltkrieg und Bürgerkrieg verwüsteten Sowjetunion grundlegende Veränderungen, wie die Industrialisierung, die Kulturrevolution, die Konsolidierung ihrer internationalen Position. Das waren Tatsachen von historischer Bedeutung, die vor der Geschichte Bestand haben.

Doch gleichzeitig entstanden in der Partei und im Lande Erscheinungen, die immer mehr dem sozialistischen Ideal widersprachen, die den Sozialismus diskreditierten. Es entwickelte sich ein bürokratisch-zentralistisches Regime, vor dem Lenin oft gewarnt hat, dessen Hauptkennzeichen Dogmatismus, Subjektivismus und schließlich diktatorische Herrschaft waren. Immer mehr wurden die humanistischen und demokratischen Werte des Sozialismus ins Gegenteil verkehrt.

Wir bezeichnen dieses Regime als stalinistisch. Doch es wäre falsch, seine Entstehung nur auf die Person Stalins zurückzuführen, obwohl er natürlich einen bedeutenden Anteil daran hatte. Verschiedene Faktoren, darunter die Zwänge des Kriegskommunismus, die Rückständigkeit Rußlands, das Fehlen ausgeprägter parlamentarisch-demokratischer Traditionen in Rußland, begünstigten das Entstehen einer bürokratischen Schicht, die mit Hilfe des Apparats des Staates, der Armee, der Sicherheitsorgane, der Wirtschaft und der Partei wirksam wurde. Diese Schicht entfernte sich immer mehr vom Volk und seinen Bedürfnissen und begann, eine unumschränkte Macht auszuüben. Da sie dem Apparat ihre soziale Existenz verdankte, war sie an der Erhaltung und Unantastbarkeit dieses Apparates interessiert. Durch diesen Apparat wurde die Sowjetdemokratie der Revolutionszeit immer mehr in eine Diktatur der Bürokratie verwandelt, wurden die demokratischen Bürgerrechte eingeschränkt und die Politik mit Gewalt und Terror, wie zum Beispiel in der Kollektivierung, unter großen Opfern durchgesetzt.

Alternative Konzeptionen sowie Kritik am Sozialismus oder an führenden Personen galten als "Konterrevolution" oder als feindliche "Agententätigkeit". Ihre Verfechter wurden verfolgt und gemaßregelt. Ein Höhepunkt dieser Entwicklung waren die stalinschen Repressionen der dreißiger und vierziger Jahre, denen Millionen Menschen zum Opfer fielen.

Es änderten sich auch Wesen und Rolle der Partei. Marx und Engels sahen in der Partei der Kommunisten einen Teil der Arbeiterklasse, der keine von den Interessen des Proletariats getrennte Interessen hat, der seine Aufgabe besonders darin sehen muss, die Bedingungen und die Entwicklung der Bewegung zu erkennen und dabei am entschiedensten die Interessen der Klasse zu vertreten. Im Gegensatz dazu wurde unter der Führung Stalins das Machtmonopol der Partei über den Staat, die Wirtschaft und andere gesellschaftliche Bereiche errichtet und ständig ausgebaut, wobei es eigentlich ja nicht das Machtmonopol der Gesamtpartei, sondern eben seine bürokratisch-diktatorische Führungselite war. Lenin hatte immer wieder die Methode der Überzeugung als die Hauptmethode der politischen Arbeit, auch der siegreichen Staatspartei herausgestellt. Nun traten an diese Stelle Administration, Druck, psychischer und physischer Terror bis hin zu Massenrepressalien. Der Mensch wurde zum Schraubchen, zum Objekt der gesellschaftlichen Entwicklung und namentlich des politischen Systems.

Gewerkschaften und andere Organisationen der Werktätigen erhielten den Rang von "Transmissionsriemen", mit deren Hilfe die Führung ihre Diktatur ausübte und dabei noch pseudodemokratisch verbrämte.

Ein tragender Bestandteil dieses Systems war der Personenkult um Stalin. Er war aber nicht Ursache und hauptsächlich Merkmal. Der Kult um den toten Lenin, von Stalin maßgeblich mit betrieben, diente dazu, die Lehren Lenins und das Leninsche Sozialismuskonzept zu verdrängen. Die Stalinisten gaben und geben sich immer und überall als Marxisten-Leninisten aus. Die von ihnen als marxistisch-leninistisch verbreitete Ideologie hatte jedoch die Hauptfunktion, den Widerspruch zwischen den wahren Werten des Sozialismus und der stalinistischen Wirklichkeit zu verschleiern. Dabei wurden oft Zitate der Klassiker missbraucht, auch beliebig ausgetauscht, um die gerade gängige Politik der Führung zu rechtfertigen. Einschätzungen und Äußerungen Lenins zu bestimmten konkret-historischen Situationen wurden aus dem Zusammenhang gerissen und dogmatisch auf andere Situationen übertragen. Mithin gehört auch die Verlogenheit zum Wesen des Stalinismus.

Stalinismus bedeutete Demoralisierung und Entartung des geistigen Lebens sowie Zerstörung menschlicher Werte. Unter stalinistischem Vorzeichen wurden grundlegende Gedanken und der ethische Gehalt der marxistischen Philosophie und Wissenschaft entstellt. So blieb unbegriffen, dass der Marxismus vor allem theoretischer Humanismus ist. Die Einsicht, dass der Marxismus und die revolutionäre Arbeiterbewegung vor allem Repräsentanten und Vorkämpfer allgemeinemenschlicher Werte und Ideale sind, ist entscheidend für ein richtiges Herangehen an alle Fragen der sozialistischen Politik. Aus dieser Position resultiert die Erkenntnis der Notwendigkeit und Möglichkeit, und diese Erkenntnis ist sehr aktuell, sozialistische Politik als Lebensform des denkbar breitesten Bündnisses aller Kräfte des Volkes zu entwickeln, niemanden auszugrenzen und immer den demokratischen Konsens und Kompromiss zur Verwirklichung der Interessen und Ansprüche der Menschen anzustreben. Dieses Bündnis, das die sachliche Auseinandersetzung stets einschließt, wurde oft nicht offen und ehrlich gesucht und durch Arroganz und Monopolisierung zerstört.

Die Umgestaltung unserer Gesellschaft verlangt auch, dass wir uns radikal von der stalinistischen Interpretation der Machtfrage trennen. Das Verhältnis zur politischen Macht war wesentlich reduziert auf einen Aberglauben an die Möglichkeiten der staatlichen Gewaltinstrumente, die jeglicher demokratischer Kontrolle entzogen waren. Vorherrschend war die Illusion, mit Hilfe zentralisierter Herrschaftsapparate die Gesellschaft nicht nur kontrollieren, sondern ihre Entwicklung auch jederzeit korrigieren zu können. Dabei wurde die politische Hauptaufgabe verdrängt: der Kampf für die Schaffung des demokratischen Konsenses mit allen Kräften des Volkes in den grundlegenden Fragen der Gesellschaftsentwicklung und die gesellschaftliche Verständigung über das gemeinsame Vorgehen auf den einzelnen Feldern der Politik. Politik wurde primär als Instrument administrativen Machtgebrauchs verstanden.

Der unter konkreten Bedingungen in den ersten eineinhalb Jahrzehnten der Sowjetmacht sich durchsetzende Stalinismus in der KPdSU und in der sowjetischen Gesellschaft blieb für die kommunistische Bewegung in Deutschland nicht folgenlos. Bekanntlich förderte auch die von Stalin zunehmend in bestimmten Fragen beherrschte Kommunistische Internationale das Entstehen und Fortwirken sektiererischer Positionen in der KPD. Die berüchtigte Sozialfaschismus-These ist das bekannteste Beispiel. Der Einfluss des Stalinismus hinderte zeitweise viele führende deutsche Kommunisten bei allen bedeutenden Verdiensten daran, den Wert bürgerlich-demokratischer Errungenschaften in vollem Maße zu erkennen und das Zusammengehen mit Sozialdemokraten sowie das breitest mögliche Bündnis für die Überwindung von Faschismus und Krieg konsequent mitzugestalten.

Viele im antifaschistischen Kampf entwickelte Gemeinsamkeiten sind durch den Einfluss stalinistischer Politik erheblich beeinträchtigt worden. Das alles ändert freilich nichts daran, dass deutsche Kommunisten gemeinsam mit Sozialdemokraten nach der Befreiung zu Recht mit dem Anspruch auftreten durften, die weitere Entwicklung der Nation entscheidend mitzubestimmen.

Genossinnen und Genossen! Mit dem Blick auf die Zukunft sind wir verpflichtet, eine gründliche Analyse zu erarbeiten, welche Ursachen zu stalinistischem Denken und Handeln nach der Befreiung vom Faschismus in unserem Land geführt haben und wie diese eine Deformation gesellschaftlicher Verhältnisse herbeiführten.

Die Menschen, die nach zwölf Jahren Nazi-Diktatur und sechs Jahren Krieg angetreten waren, um Faschismus und Militarismus mit ihren Wurzeln zu beseitigen und eine antifaschistisch-demokratische und schließlich sozialistische Ordnung zu errichten, haben sich die Bedingungen ihres Wirkens wahrlich nicht aussuchen können. Sie konnten entweder zuschauen, wie unser Volk ins Chaos versinkt, oder etwas Neues wagen. Die aus der Illegalität hervortretenden Mitglieder der Arbeiterparteien legten als erste Hand an. Sie standen ein für eine neue, demokratische Republik, in der das Volk die Macht ausübt, in der die wichtigsten Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum sind, in der eine geplante Wirtschaft wachsenden Wohlstand bringt, in der Privilegien beseitigt sind und soziale Gerechtigkeit herrscht. Der erdrückenden Zeitumstände waren sich die damaligen Generationen von Arbeiterfunktionären sehr wohl bewusst, der lang wirkenden Hindernisse kaum. Wenn trotz schwieriger Ausgangsbedingungen dennoch Bedeutendes zur sozialökonomischen Umgestaltung der Gesellschaft geleistet wurde, volkseigene und genossenschaftliche Betriebe in Industrie und Landwirtschaft entstanden, wenn Menschen aus dem werktätigen Volk Verantwortung in Staat, Wirtschaft und Kultur übernahmen, wenn sich eine Gesellschaft mit unverwechselbaren Zügen herausbildete - so gehört das zu dem positiven Ertrag unseres Volkes und auch zu den Leistungen unserer Partei. (Beifall)

Und, Genossinnen und Genossen, wir würdigen all jene Genossen, die sich selbstlos in jahrzehntelanger Arbeit für den Sozialismus auf deutschem Boden eingesetzt und Großes geleistet haben. Eine Erneuerung, die das vergäbe, die träte mit einer neuen Unmoral an. (Beifall) Wenn wir über unsere Entwicklung sprechen, ist auch zu bedenken, dass sie sich stets in enger Abhängigkeit von der Politik der jeweiligen sowjetischen Führung vollzog.

Der mit der Befreiung vom Faschismus eingeleitete revolutionäre Umwälzungsprozess lässt sich in seinem Wesen und in vielen seiner Erscheinungsformen jedoch nicht einfach als bloße Übertragung des in der UdSSR seinerzeit existierenden, durch Stalin geprägten gesellschaftlichen Systems auf Ostdeutschland erklären. Es gibt gravierende Unterschiede: so zum Beispiel bei der Herausbildung des politischen Systems, in den Wegen und Formen der Vergesellschaftung von Produktionsmitteln, in der Entfaltung der Produktivkräfte.

Das erklärt sich aus gewichtigen Ursachen. Die erste ist die durch das Potsdamer Abkommen bestimmte Deutschland- und Friedenspolitik der UdSSR in der Nachkriegszeit, die auf die Schaffung eines einheitlichen neutralen deutschen Staates gerichtet war. Dieses Konzept schränkte die Übertragung bestimmter Methoden und die Forcierung von Umgestaltungen durch Druck und Zwang ein. Zweitens wirkte die Situation auf deutschem Boden, das ständige Konfrontiertsein mit einem den kapitalistischen Entwicklungsweg gehenden zweiten deutschen Staat und die lange Zeit offene Grenze als Korrektiv.

Drittens besaß die deutsche Arbeiterbewegung eine lange sozialistische und demokratische Tradition, parlamentarische und außerparlamentarische Erfahrungen, die nicht ohne weiteres auszuschalten waren. Die Sozialistische Einheitspartei und ein eigener Weg zum Sozialismus, wie er in den 1946 beschlossenen Grundsätzen und Zielen der SED vorgesehen waren, darin bestand die Hoffnung eines Neubeginns für Sozialdemokraten wie für Kommunisten. Diese Chance war auch darin begründet, dass sich mit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung Formen eines Demokratismus entwickelten, die vor allem von Mitgliedern der Arbeiterorganisationen ausgingen. Die damaligen Antifa-Ausschüsse, Betriebsräte, die neuen demokratischen Selbstverwaltungen, die Jugendausschüsse, die Frauenausschüsse, die Blockausschüsse, die Bodenreformkommissionen, die Umsiedlerausschüsse und die Volkskontrollausschüsse - das waren Organe, mit denen mehr und mehr Werktätige in eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft einbezogen wurden. Die gegenwärtige Volksbewegung für die Erneuerung des Sozialismus steht, ob bewusst oder unterschwellig, in vieler Hinsicht in der Tradition jenes Demokratismus, wie er in Zeiten revolutionären Aufbruchs gerade in der Arbeiterbewegung hervorgetreten ist.

Der Bruch in dieser Entwicklung wurde 1948 offensichtlich. Symptome dafür waren der von Stalin ausgelöste sowjetisch-jugoslawische Konflikt, die politischen Schauprozesse in volksdemokratischen Ländern. Und aus diesen oder anderen Ereignissen abgeleitete, viele Genossen diskriminierende Beschlüsse der SED sowie Maßnahmen der politischen Strafjustiz. Betroffen waren zum Beispiel die Genossen Franz Dahlem, Lex Ende, Max Fechner, Willi Kreykemeyer, Paul Merker. Wenn es bei uns nicht zu vergleichbaren öffentlichen Schauprozessen mit Todesurteilen gekommen ist, so ist das nicht zuletzt ein Verdienst damals führender Genossen unserer Partei. Mit dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 wurden Schritte zur Aufdeckung und Überwindung bestimmter Folgen des Stalinismus eingeleitet. Tausende wurden aus der Haft entlassen, auch Genossen kamen frei. Ein Teil wurde rehabilitiert. Aber vieles ist noch offen und bedarf einer Aufarbeitung.

Doch fast zur selben Zeit kam es im Zusammenhang mit den Ereignissen von Ungarn 1956 zu neuen Repressalien, und zu den Opfern dieser Zeit gehörte auch Walter Janka.

Korrekturversuche der Jahre 1953 und 1956 zur Erneuerung des Sozialismus - die noch genauer Überprüfung bedürfen, das gilt auch für die Ereignisse vom 17. Juni 1953 - sind rasch zum Erliegen gekommen oder zum Erliegen gebracht worden. Mit dem Argument, keine Fehlerdiskussion zuzulassen bzw. Fehler im Vorwärtsschreiten zu überwinden, wurde jede Erforschung der Ursachen unterbunden. Das begünstigte den Fortbestand einer Führungsspitze, die zu keinen grundlegenden Erneuerungen bereit war. Das lässt uns auch die Frage nach der Bewertung der politischen Auseinandersetzungen mit den so genannten Fraktionen Herrstadt-Zaisser und Schirdewan-Wollweber und der Berechtigung der damals ausgesprochenen Parteistrafen auf neue Weise stellen. Hier muss man alles aufklären, was noch aufklärbar ist.

In den fünfziger Jahren schritt ein Prozess heran, der zur Herausbildung eines Entscheidungsmonopols der SED-Spitze in der Gesellschaft führte, obwohl die damals geltende erste Verfassung der DDR dafür keine Handhabe bot. Das gipfelte in einem 1960 gefassten Beschluss, der Entscheidungen der Parteiführung für die staatliche Arbeit als verbindlich erklärte. Es war diese Überzentralisation im politischen System, die zur Überzentralisation im ökonomischen Leben der Gesellschaft führte, und nicht umgekehrt.

Genossinnen und Genossen! Schwerer und unmittelbarer lasten auf unserer Gegenwart die Fehlentwicklungen und Versäumnisse der Folgezeit.

Anfang der sechziger Jahre hatte die Führung der SED davon gesprochen, dass sich nun der Sozialismus in gesicherten Grenzen auf seinen eigenen Grundlagen entwickelt. Daraus erwachsen hoffnungsvolle Ansätze für eine Erneuerung. Allerdings sind viele Möglichkeiten vergeben worden.

Die Inkonsequenz des XX. Parteitages der KPdSU und seiner Auswertung in der DDR gewann Langzeitwirkung. Es blieb bei der Interpretation, dass der Personenkult um Stalin und die damit verbundenen Verbrechen dem Sozialismus wesensfremd und nicht im System seiner Strukturen verwurzelt seien. Das musste sich umso verhängnisvoller auswirken, je mehr sich der Sozialismus durch die wissenschaftlich-technische Revolution, die globalen Probleme, die neuen Bürgerrechts- und Menschenrechtsbewegungen und schließlich durch den KSZE-Prozess herausgefordert sah, sich wirklich zu erneuern.

Mitte der sechziger Jahre gab es einen produktiven Ansatz für ein neues ökonomisches System, das von der Kommandowirtschaft wegführen und zu einem vor allem mit ökonomischen Instrumentarien regulierten, effektiven Wirtschaften hinführen sollte. Aber ein neues System der Ökonomie konnte nicht reifen, wenn nicht auch eine Öffnung im politischen und geistig-kulturellen Leben der Gesellschaft erfolgte. Dem aber stand vor allem das in stalinistischer Tradition verharrende Selbstverständnis der Partei entgegen. Wir müssen uns mit aller Konsequenz und selbstkritisch mit einer Parteiauffassung auseinandersetzen, die den Anspruch auf Erkenntnismonopol rechtfertigte und selbst Privilegien für selbstverständlich hinnahm.

Mit dem traditionellen Selbstverständnis unserer Partei sind eine Fülle ungelöster Probleme verbunden, die der weiteren wissenschaftlichen Untersuchung bedürfen.

Nicht verstanden wurde der Impuls des Prager Frühlings, der in der Gemeinsamkeit sozialistischer Länder hätte produktiv gemacht werden können. Kritiker wie Robert Havemann und andere sollten mundtot gemacht werden.

An der Schwelle der siebziger Jahre weckte der später maßlos überbewertete und zum Kult um Erich Honecker benutzte VIII. Parteitag mit seinem in manchem veränderten politischen Stil, mit der engeren Zusammenführung von Wirtschaft und Sozialpolitik Hoffnungen. Diese wurden vom damaligen Generalsekretär in der Innenpolitik nur punktuell und kurzzeitig, in der Außen- und Friedenspolitik allerdings für längere Zeit eingelöst.

Sobald sich jedoch Erich Honecker fest im Sattel und zwischen den Großen der Weltpolitik sitzen fühlte, wuchs sein Geltungsdrang im umgekehrten Verhältnis zu seinem tatsächlichen politischen Format. (Beifall)

Der Generalsekretär und sein Politbüro, das sich dem Zentralkomitee nicht verantwortlich fühlte und keine Kollektivität übte, begriffen nicht, worauf sich nun die DDR in Fragen der Menschenrechte, der Reisemöglichkeiten, der Veränderung des Grenzregimes usw. einzustellen hatte. Der Dialog nach außen und Verweigerung nach innen, Repressalien gegen Andersdenkende und ähnliches mussten die Kluft zwischen Partei und Volk vertiefen und zu äußersten Widersprüchen führen. Die Politik unserer Partei in den siebziger Jahren gilt es in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit aufzuarbeiten. Für die Erneuerung unserer Gesellschaft ist es von großer Bedeutung, die Leistungen und Fehler unserer Partei in dieser Zeit kritisch und umfassend zu analysieren. Auf dem Gebiet der Wirtschaft zum Beispiel bewies die Entwicklung in dieser Zeit, was eine sozialistische Konzentration vermag, und zugleich, was geschieht, wenn durch die Blockierung von Demokratisierungsprozessen und Ignorierung der Wissenschaft wirtschaftliche Entwicklung falsch programmiert wird.

Bezeichnend für das Defizit an theoretischer Fundierung der Politik in dieser Zeit war auch ein völlig vereinfachtes Kapitalismusbild, das alten ideologischen Stereotypen entsprach, rein agitatorische Bedeutung hatte, aber die Potenzen des modernen Kapitalismus nicht wahrnahm.

Das alles musste in seiner Gesamtheit letztlich zur Krise, zum politischen Zusammenbruch führen.

1985, als die KPdSU Kurs auf Perestroika und Glasnost nahm, hätte sich wohl noch ein Ausweg eröffnet, wenn unser Land kühn und besonnen auf den Weg der Entstalinisierung geführt worden wäre. (Beifall)

Bei der Überschaubarkeit unseres Landes, seiner ökonomischen Situation, der noch bemerkenswerten politischen Stabilität bestanden für einen klugen Reformkurs im Grunde genommen bessere Voraussetzungen als in der UdSSR. Aber dies vermochte die machtbesessene alte Führung nicht zu begreifen, und sie steckte auch viel zu tief im Sumpf, um eine Erneuerung ernstlich zu wollen. (Beifall)

Alle Warnungen und Forderungen wurden missachtet und unterdrückt, kritische Parteimitglieder als Meckerer und Nörgeler disqualifiziert und massenhaft aus der Partei ausgeschlossen, und eine Handhabe dafür bot der Beschluss zur ideologischen Arbeit, den das Politbüro im Dezember 1988 fasste.

Erich Honecker und seine Umgebung entfernten sich immer mehr von der Parteibasis und vom Volk. Sie gingen auf Gegenkurs zu Perestroika und Glasnost, besonders krass mit dem "Sputnik"-Verbot, mit dem schlimmen Artikel im "Neuen Deutschland" über die Kommunistische Internationale, durch den sowjetische Historiker diskriminiert und die Geschichtswissenschaft der DDR diskreditiert wurden. Die "Hofberichterstattung" in den Medien und die allen Lebenserfahrungen widersprechenden - wie wir heute wissen: erlogenen - Erfolgsdaten wurden immer unerträglicher und zum Zündstoff des öffentlichen Protestes. Mit der Öffnung der ungarischen Grenze brachen schließlich alle Dämme.

In Ablehnung von Perestroika und Glasnost wurde die Losung "Sozialismus in den Farben der DDR" begründet. Heute sollte man diese Zeit als "Stalinismus in den Farben der DDR" bezeichnen. (Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen! Aus dem hier Dargelegten, das bei allem - wie ich eingangs sagte - einen vorläufigen Charakter hat, unterbreitet der Ausschuss dem Parteitag zur Wiedergutmachung für die Opfer des Stalinismus folgenden Vorschlag:

1. Die Rehabilitierung aller, die Opfer stalinistischer Verfolgung geworden sind, sei es in der UdSSR oder in unserem Lande. Dazu sind Kontakte zu den entsprechenden sowjetischen Stellen herzustellen.
2. An den Parteivorstand ergeht der Auftrag, dafür zu sorgen, dass alles aufgeklärt wird, was sich über Einzelschicksale, aber auch über Verantwortlichkeiten und Schuld in Erfahrung bringen lässt.
3. Wir bieten unsere Mitarbeit in einem unabhängigen Untersuchungsausschuss an, zusammengesetzt aus betroffenen Personen, aus Juristen, aus Historikern und anderen Persönlichkeiten. Unsere Partei stellt diesem Ausschuss die ermittelten Resultate zur Verfügung.
4. Wir setzen uns dafür ein, dass den Opfern stalinistischer Verbrechen ein bleibendes Gedenken in unserer Gesellschaft bewahrt wird.

Dem sollten sowohl das bereits von anderen vorgeschlagene würdige Mahnmal als auch Zeugnisse der Erinnerung und Bewahrung der bestehenden Museen und Gedenkstätten und in unserer schöngestigen und wissenschaftlichen Literatur dienen. (Beifall)

Die in die Zukunft weisenden Konsequenzen, dass heißt die Beseitigung von Strukturen, die solche Deformationen ermöglichten, müssen ihren Niederschlag finden im neuen Programm, im neuen Statut, in einem neuen, kritischen Umgang mit unserer eigenen Geschichte, der frei ist von Apologetik, Schönfärberei, einem Umgang, der nichts aus dieser Geschichte ausspart. Und all dies muss sichern die Trennung von Partei und Staat, die Wählbarkeit von unten nach oben, die Anerkennung unterschiedlicher Meinungen, auch innerhalb der Partei, und ihre Reflexion in den Medien und viele andere demokratische Sicherungen mehr.

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir betrachten die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes als weiteren Schritt der Abkehr vom Stalinismus und als Unterstützung für den weiteren Prozess seiner konsequenten Überwindung.

Ich danke euch für eure Geduld. (Beifall)

Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, Karl Dietz Verlag Berlin 1999

(Vgl. auch: Der Stalinismus in der KPD und SED – Wurzeln, Wirkungen, Folgen. Konferenz der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS am 17. und 18.11.1990. Und: Zur Stalinismus-Debatte. 50 Jahre nach dem XX. Parteitag der KPdSU. Erklärung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS vom 07. Februar 2006)

* * *

10. November 1990: Beschluss des Parteivorstandes vom 10. November 1990 über die Abgabe bzw. Verwendung des Parteivermögens

... Der Parteivorsitzende wird beauftragt, mit der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung der Vermögenswerte von Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR und der Treuhandanstalt im Einvernehmen mit den Landesvorsitzenden und den Mitgliedern des Präsidiums eine umfassende Vereinbarung zur Regelung der Vermögensfragen vorzubereiten. Dabei ist die Abgabe von etwa 80 Prozent des Gesamtvermögens (siehe Bericht über Eigentums- und Vermögensverhältnisse der PDS per 30.9.1990 vom 9.11.1990), vorrangig durch Abgabe von Immobilien und Verzicht auf Forderungen, zu sichern. Die Verwendung für gemeinnützige Zwecke ist zu gewährleisten. Hierzu könnten auch eine oder mehrere nationale oder internationale Stiftungen mit Beteiligung von bekannten Persönlichkeiten ins Leben gerufen werden. Sollte letzteres nicht möglich sein, müsste dem Parteivorstand für obengenannte Zwecke ein Vorschlagsrecht eingeräumt werden.

Die verbleibenden etwa 20 Prozent entsprechen etwa 5 Prozent des ursprünglichen PDS- Vermögens. Sie sind das Minimum zur Sicherung der politischen Tätigkeit der Partei und zur Erfüllung von Verpflichtungen, einschließlich von Altlasten. Zur Sicherung der verbleibenden Vermögenswerte ist in der Vereinbarung zu regeln, dass die Partei in den betreffenden Fällen Grund und Boden für bisherige Rechtsträgerobjekte in Eigentum übertragen bekommt. Die treuhänderische Verwaltung des verbleibenden Eigentums der Partei müsste in absehbarer Zeit aufgegeben werden.

In dieser Vereinbarung sollte der Parteivorsitzende erneut und verbindlich erklären, dass jegliche Ansprüche auf ausländisches Vermögen der SED, das nicht bekannt ist, aber dessen Existenz immer wieder behauptet wird, vorsorglich an die Treuhandanstalt abgetreten werden. Das bezieht sich auch auf Ansprüche auf eventuelle Vermögenswerte in der Bundesrepublik Deutschland, wie sie bis zum 2.10.1990 bestand. Ausgenommen hiervon sind lediglich die Vermögenswerte, die sich die PDS im Jahr 1990 in der BRD und Westberlin geschaffen hat (Büros etc.) ...

* * *

25. Februar 1990: Aus dem Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus

Angenommen auf dem Wahlparteitag der PDS am 25. Februar 1990

... Durch den" administrativ-zentralistischen Sozialismus (wurde) eine der größten humanistischen Ideen der Menschheitsgeschichte, die Idee des Sozialismus, in den Schmutz gezogen. Der Begriff des Sozialismus ist diskreditiert. Wer ihm anhängt, kommt in den Verdacht, stalinistische Zeiten zurückzuwünschen. So sehr wir das verstehen, es bleibt doch auch Tatsache, dass die sozialistische Ursprungsidee nichts von ihrer Aktualität eingebüßt hat. ...

Der Sozialismus als Ausdruck uralter Menschheitsideale – soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Freiheit für die Unterdrückten, Hilfe für die Schwachen ist unvergänglich, mögen ihn seine Gegner auch hundertmal totsagen. Das Angebot an die Menschen, menschlicher und solidarischer miteinander umzugehen, ist aktueller denn je für den Weg in eine gesicherte Zukunft. ...

Die obrigkeitsstaatlichen administrativen Strukturen in der DDR wurden gebrochen. Damit eröffnete die Volksbewegung die Chance für einen demokratischen Neubeginn. Wir wollen uns beteiligen am Erhalt und Ausbau der neugewonnenen demokratischen Errungenschaften.

Die Partei des Demokratischen Sozialismus ist für die Einheit Deutschlands in einem Verbund freier und gleichberechtigter Völker und Nationen Europas. Bedingung für diese Perspektive ist, dass sich beide deutsche Staaten wandeln, die von ihren Bürgern getragenen Werte nicht aufgeben und Eigenständiges einbringen können. ...

Die PDS ist als sozialistische Partei offen für alle Kräfte des Volkes, die sich für eine Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit und solidarischer menschlicher Beziehungen einsetzen. Sie orientiert sich besonders an den Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter und aller Werktätigen. Sie strebt kein Monopol der Macht an. Geistige Intoleranz, Unfehlbarkeitsglauben, Missionarismus und politisches Sektierertum sind ihr fremd. Ein Wahrheitsmonopol gibt es für uns nicht. Ihr politisches Selbstverständnis schöpft die Partei aus den Strömungen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, aus den revolutionären und demokratischen Traditionen des deutschen Volkes und aus dem Antifaschismus. Die PDS ist sich vieler Berührungen zu pazifistischen und religiös begründeten humanistischen Standpunkten bewusst und nimmt sie in sich auf. ...

Die Mitgliedschaft in der Partei ist nicht an ein bestimmtes weltanschauliches Bekenntnis gebunden. Die Partei gewinnt ihre Einheit aus der Gemeinsamkeit der politischen Ziele ihrer Mitglieder und dem toleranten Umgang untereinander. Die Formulierung ihrer Ziele schließt den Wettstreit der Ideen der Mitglieder, von Plattformen und innerparteilichen Strömungen ein. Demokratische Strukturen sichern, dass die Partei eine handlungsfähige Partei ihrer Mitglieder ist, und gewährleisten demokratische Willensbildung von unten nach oben. Handlungsgrundlage sind mehrheitlich gefasste Beschlüsse. Minderheiten haben das Recht, ihren Standpunkt öffentlich zu vertreten und erneut zur Entscheidung zu stellen.

Die Partei strebt Übereinstimmung und gemeinsames Handeln mit anderen. Parteien und demokratischen Bewegungen zur Lösung von Lebensfragen der Menschen an. Sie tritt für ein partnerschaftliches Verhältnis zur Sozialdemokratie ein. Als deutsche sozialistische Partei ist sie Teil der breiten internationalen demokratischen und linken Bewegungen, die für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt eintreten. Sie will mit allen Kräften zusammenwirken, die sich für eine humanistische Lösung der globalen Probleme unserer Zeit einsetzen. ...

In Verwirklichung unserer Ziele streben wir gemeinsam mit anderen linken und demokratischen Kräften einen demokratischen Sozialismus an. Demokratischer Sozialismus, das heißt für uns Eintreten für eine friedliche, humane und solidarische Gesellschaft, in der sich jeder Mensch in Gemeinschaft mit anderen frei entfalten und gleichberechtigt am wirtschaftlichen, politischen und geistig-kulturellen Leben teilnehmen kann. Demokratischer Sozialismus ist für uns nichts Abgeschlossenes, kein Gesellschaftssystem, das wir in Kürze auf deutschem Boden haben werden, sondern ein Weg, eine ständige Aufgabe und Herausforderung.

* * *

8./9. September 1990: Erneuerungskonferenz der PDS, Berlin

Aus der Rede von Gregor Gysi

... Was Programmatik, Statut und soziale Zusammensetzung betrifft, ist die PDS eindeutig eine andere Partei als die SED, was nicht heißt, dass sie schon dort angekommen ist, wo die Wertung berechtigt wäre, von einer völlig neuen Partei zu sprechen. ... die Besonderheit der PDS bestehe darin, nicht auf der Grundlage eines Programms entstanden, sondern im Wesentlichen aus der SED, der ehemaligen Staatspartei der DDR, hervorgegangen zu sein.

Wir alle, die wir in der SED waren, müssen lernen, selbstkritisch mit unserer individuellen Geschichte umzugehen, und dennoch sollte es eine kollektive Auseinandersetzung sein. Mir ist bewusst, dass es gerade zur Geschichte der DDR und zum Charakter der SED viele Fragen gibt. ...Es bedarf einer ganz grundsätzlichen Unterscheidung und Differenzierung zwischen den Idealen und dem praktischen Einsatz einer Vielzahl unserer Genossinnen und Genossen einerseits, die im guten Glauben an den Sozialismus angetreten waren, und andererseits um die von Indoktrination geprägte und dem Volk in der Wirklichkeit abgewandten Politik der SED-Führung, die aber eben nicht nur auf die Führung beschränkt blieb. Die Ideale, denen wir zu folgen glaubten, das ist das eine. Das andere ist, was die Politik der SED objektiv bewirkte. Das sehen wir jetzt, auch bei der Art des Untergangs der DDR. Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Und da gelten nur objektive Kriterien, nicht subjektive Wünsche für die Einschätzung der Politik dieser vergangenen Partei. Erneuerung der sozialistischen Bewegungen, das greift weit über die PDS hinaus. Sie ist nur möglich in der Verbindung von Rückschau, Gegenwartsanalyse und Voraussicht. Unser Umgang mit der Geschichte hat vor allem den Sinn, uns die historische Dimension unseres Handelns bewusst zu machen.

Gegenwärtig befinden wir uns auf deutschem Boden nicht im Übergang von einer gescheiterten in eine zukunftssträchtige Gesellschaft. Historisch gesehen bewegt sich trotz beachtlicher Vitalität und Effizienz in den hochentwickelten Industrieländern die kapitalistische Marktwirtschaft weltweit auf ihre Weise auch in eine Sackgasse. Die Krise des sogenannten real existierenden Sozialismus läutet überhaupt die Krise der Industriegesellschaft, so wie wir sie bisher verstanden haben, ein. ...

Mit dem reinen profitorientierten Wirtschaften der konservativen Gleichschaltungspolitik und der Ohnmacht der Koalitionsregierung geht der massive Versuch einher, ein Zerrbild jüngster Vergangenheit zu verbreiten. Dem wollen wir uns nicht ergeben. Es handelt sich schließlich um Realitäten, um Rechte oder zumindest um Ansprüche, die durch selbstloses Handeln von Millionen Menschen begründet sind, die ein Stück ihres Lebens und ihrer persönlichen Identität darstellen. Der Versuch konservativer Kreise, alles, was die DDR kennzeichnet, einzuebenn und mit Stalinismus gleichzusetzen, zwischen SED und PDS, zwischen DDR und Teilbereichen des früheren Ministeriums für Staatssicherheit ein Gleichheitszeichen zu setzen, dient dem Zweck, jeglichen Selbstbehauptungswillen von Bürgern der DDR zu brechen und unter den Linken in ganz Deutschland die Tatenlosigkeit absoluten Ausgeliefertseins zu erzeugen. Dagegen stehen wir. ...

Wir sind gegen die Verdrängung von Geschichte, gleich ob sie mit Wendehalsigkeit, Bilderstürmerei, eindimensionaler Schuldzuweisung, simpler Schwarzweißmalerei und der Vernachlässigung objektiver Zusammenhänge oder mit selbstverordneter Vergesslichkeit betrieben wird. Eine Partei wie die PDS, die mit den Strukturen, dem politischen Kurs und jenen Mitgliedern der alten SED gebrochen hat, die wirklich Schuld auf sich geladen haben, die sich zugleich aber zum Abtragen der Schuldenlasten der alten SED bekennt, wirkt den Verdrängungseffekten weit stärker entgegen als die unter die Fittiche der Bundestagsparteien geflüchteten ehemaligen Blockparteien. Es ist einfach unredlich, wenn der PDS die Zeit nicht eingeräumt wird, die dazu notwendig ist und die mehr Anstrengungen erfordert als das Formulieren von Beitrittserklärungen zu Westparteien. ...

Ich möchte drei Richtungen nennen, die uns bei der Aufarbeitung von Geschichte besonders interessieren sollten. Sicher sind Dutzende anderer Wege gleichermaßen bedeutsam.

Meine erste Richtung hat mit der Demokratieproblematik zu tun. Es ist seit langem ein offenes Geheimnis, dass Feindbilder stets auch als Handhabe gegen Andersdenkende und Andershandelnde im Innern gebraucht und genutzt wurden. Aus all dem lassen sich keine Entschuldigungen für expansionistische Bestrebungen der stalinistischen Führung der UdSSR und für stalinistische Repressalien ableiten. Allerdings auch nicht Entlastungen für antikommunistische Willkürakte und für die Arroganz der Macht imperialistischer Länder für Neokolonialismus und für eine angemessene Weltgendarmenrolle. Die absoluten Fürsten der SED-Führung waren sich so sicher oder vielleicht auch besser unsicher – mehr wirkliche Demokratie im Innern der DDR auch nach dem Mauerbau zu keiner Zeit nötig zu haben bzw. sich leisten zu können. Der Zusammenhang zwischen den Machtausübenden, ihrer Verstrickung in einer mit stalinistischen Repressalien verbundene Verstrickungslinie und der

Reformunfähigkeit der SED liegt auf der Hand. ... Wenn ... sich Leute, die als bescheidene Arbeiterfunktionäre begannen und sich als standhafte Antifaschisten bewährt hatten, von ihrer Vergangenheit abhoben, dann ist das nicht allein aus ihrem Persönlichkeitsbild heraus zu erklären. Dies muss mit gesellschaftlichen und innerparteilichen Mechanismen zu tun haben. Das gebietet, die Rolle jeder Person in Verbindung mit ihren Wirkungsfeldern, mit Sachzwängen und Entscheidungsspielräumen neu zu durchdenken. Vor allem aber bedeutet Erneuerung von vornherein, alle Quellen von Machtkonzentration oder gar Machtmissbrauch in den Händen einzelner durch basisdemokratische Ausgestaltung der Partei, durch ein kritisches Miteinander von Wählern und Gewählten, von ehrenamtlichen und hauptamtlichen Funktionären zu gewährleisten. ... Zu Zeiten des Kalten Krieges konnte es in beiden Teilen Deutschlands ein Entrinnen aus der Logik der Blöcke nicht geben. In der DDR wirkte bis weit in die 50er Jahre hinein eine direkte Fremdbestimmung durch die UdSSR. Auch darüber hinaus blieb die DDR fest in das von der Sowjetunion dominierte Pakt- und Wirtschaftssystem eingebunden. So gesehen war die Perestrojka, die so eng mit dem Namen Michail Gorbatschow verbunden ist, unabdingbare Voraussetzung für wirksame Veränderungen, weil diese dauerhaft und durchgreifend nur vom Haupt- und Kernland des sogenannten sozialistischen Weltsystems ausgehen konnten. Im Deutschland der Nachkriegszeit hätte höchstens eine starke gesamtdeutsche Linke eine Alternative zu stalinistischer Deformation und kapitalistischer Restauration durchzusetzen vermocht. ...

... weist alles in eine zweite Richtung, die zumindest politisch gesehen, den Kern des Problems bildet. Der strukturbedingte Mangel an Eigendynamik verlangte einen Motor der gesellschaftlichen Entwicklung. Dieser Motor sollte die marxistisch-leninistische Partei sein, die ihrerseits dem Staat die Rolle des Hauptinstruments bei der Errichtung der neuen Gesellschaft zuwies. Die Geschichte kennt genügend Beispiele, die belegen, dass Durchbrüche zu neuen historischen Entwicklungsstufen organisierte Kräfte erfordern, die die sich entladende politische Energie zu bündeln und zu lenken vermögen. Diese Erkenntnis liegt dem Parteienverständnis von Marx und Engels zugrunde. Die Geschichte hat aber auch demonstriert, dass derartige Mobilisierungen nicht über Jahrzehnte oder ein ganzes Jahrhundert hinweg in gleicher Weise möglich sind, weil sie sich entweder erschöpfen oder degenerieren. Und dies ist eben mit der SED und ihr vergleichbaren Parteien geschehen. Die Symptome dieser Entwicklung sind inzwischen oft genug benannt worden. Wir kommen jedoch nicht umhin, auch nach den im alten Parteienverständnis liegenden Ursachen zu fragen. Unsere Kritik kann dabei nicht bei Stalins Missbrauch der bolschewistischen Parteien halt machen. Sie muss auch Auffassungen Lenins und dessen praktischen Umgang mit der Partei neuen Typs mit auf den Prüfstand nehmen und darf auch Quellen im klassischen marxistischen Denken nicht ausklammern. ...

Die dritte Richtung unserer möglichen Hauptüberlegungen wird vom Tempo und der Unumkehrbarkeit jenes Prozesses bestimmt, der bald ein wie auch immer geartetes einiges Deutschland bringen wird. ... Wenn schon ohne Staatswappen der DDR, gilt es in der Öffentlichkeit stärker ins Bewusstsein zu rücken, warum im 19. Jahrhundert die deutschen Demokraten die Farben Schwarz, Rot und Gold für ihr Kampfbanner auf dem Weg zur einheitlichen deutschen Nation wählten. Die Nationsproblematik ist bei unserer Erneuerung sicher eine der kompliziertesten innerdeutschen und internationalen Fragen, und dies nicht nur, weil von Berlin der erste und der zweite Weltkrieg ausgingen. Bei aller Notwendigkeit, genau zu untersuchen, wie man zur Theorie von den zwei deutschen Nationen überhaupt kommen konnte, inwiefern diese Konstruktion von Anfang an illusionär war oder sich auch durchaus einleuchtende Gründe für sie finden ließen, sollten wir es uns auch hier nicht zu einfach machen. 40 Jahre getrennte, ja gegensätzliche Entwicklung haben tiefe Spuren hinterlassen. Sie lassen sich verkleistern, aber nicht von heute auf morgen wirklich beseitigen. Prominente Politiker auf bei den Seiten haben beispielsweise bis vor kurzem erklärt, dass eine getrennte Entwicklung beider deutscher Staaten noch recht lange Bestand haben werde. Bei aller notwendigen Selbstkritik, gerade in der Frage der Nation, sollten wir auch beachten, dass die Nationstheorie nicht einfach eine falsche Annahme einiger Theoretiker und Politiker der SED mit entsprechenden Wirkungen war. Sie gehörte vielmehr zu dem Versuch der Verwirklichung des nun gescheiterten Sozialismusmodells, war deren relativ natürliches Produkt. Viele Entwicklungsprozesse, die wir seit den 70er Jahren mit der Theorie von den zwei Nationen verbanden, werden uns nach Deutschland begleiten. Unterschiede in der Kultur und Lebensweise, persönliche Erfahrungen auf allen gesellschaftlichen Gebieten, die BRD-Bürgerinnen und Bürger nie kannten, bergen eine Fülle von Konfliktstoff, den wir aber offensiv angehen sollten. ...

Ich möchte noch etwas zur Mitgliedschaft in unserer Partei sagen. Wir stellen heute fest, dass viele die Partei verlassen haben, nahezu alle, die aus Karrieregründen der SED angehörten und wissen, Mitgliedschaft in der PDS ist für die Karriere sehr hinderlich. Manche von ihnen gingen gar zur DSU über, und das sagt auch etwas über die SED – und ich finde den Weg dieser Leute zumindest in gewisser Hinsicht sogar konsequent. Dort finden sie nämlich manches wieder, was sie am politischen Stil der SED von früher kennen. Nicht umsonst ist ein führendes Mitglied der DSU Geschichts- und Staatsbürgerkundelehrer. Andere ehemalige SED-Mitglieder – und um die geht es mir eigentlich – sind tief enttäuscht, werden mit der Niederlage des sogenannten real existierenden Sozialismus nicht fertig, sind verbittert, meinen, alles sei umsonst gewesen. Sie resignieren. Wieder andere können dem Druck auf sie einfach nicht standhalten. Ich möchte ausdrücklich sagen, dass wir für die beiden zuletzt genannten Gruppen menschliches Verständnis haben. Ihnen bleiben wir verbunden. ...

Zu unserem Selbstverständnis. Oskar Lafontaine hat mich vor einigen Tagen in einem Zeitungsinterview aufgefordert, zu erklären, welche Art Partei die PDS nun sein will, eine kommunistische Partei oder eine sozialdemokratische Partei. Im ersten Falle müsste man uns bekämpfen, im zweiten Falle soll sich die PDS auflösen, denn Sozialdemokraten gibt es bereits. Abgesehen davon, dass zu unserer innerparteilichen Demokratie gehört, dass der Vorsitzende nicht berechtigt ist, zu entscheiden, welcher Partei er vorsitzt, sondern das immer noch die Mitglieder entscheiden, scheinen mir hier vergangene Klischees deutlich durchzuschlagen.

Wir sind weder eine sozialdemokratische, noch eine im bisherigen Sinne kommunistische Partei. Vielmehr sind wir auf dem Weg zu einer modernen sozialistischen und internationalistischen demokratischen deutschen Partei, die in Programm und Politik an sozialistischen Inhalten festhält und ihnen auf wirksame, auf neue Weise versucht, Nachdruck zu verleihen. Wenn das andere nicht wahrnehmen, dann müssen wir es ihnen immer kenntlicher machen, bis sie es begreifen. ...

Fasst man den gegenwärtigen Erkenntnisstand zusammen, so können wir heute feststellen, dass der Sozialismus durch uns wohl nicht mehr als ein festgefügt System verstanden werden sollte, sondern vielmehr als ein Prozess, eine Bewegung von Veränderungen, von Umwälzungen mit revolutionärem Anspruch, von Veränderungen, die letztlich alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in Richtung Demokratisierung entwickeln. Ich wiederhole, weshalb wir den Begriff des Marxismus-Leninismus nicht mehr verwenden, eben deshalb, weil er für ein Wahrheitsmonopol steht oder dazu verkommen war. Dieser Begriff ist zerstört, weil sein Inhalt sich eben nicht als schöpferisch, flexibel, sondern letztlich als stark apologetisch erwiesen hat. ...

Unser spezifisch marxistischer Ansatz für einen demokratischen Sozialismus besteht in folgendem: Eine wirkliche freiheitliche, gerechte und solidarische Gesellschaft ist nur denkbar, wenn die gesellschaftlichen Beziehungen nicht dem Diktat des Profits unterworfen werden. Der Weg des demokratischen Sozialismus ist in erster Linie ein Weg der Demokratie – ein Weg zur Beförderung der Demokratisierung der Gesellschaft. Wesentlich für unser programmatisches Denken ist die Komplexität, globale Sicht und das Ausgehen vom Individuum und seinen Entwicklungserfordernissen.



18. April 2001: Auseinandersetzung mit der Geschichte nicht instrumentalisieren

Erklärung des Parteivorstandes vom 18. April 2001 zur Vereinigung von KPD und SPD

1.

Die Auseinandersetzungen aus Anlass des 55. Jahrestages der Vereinigung von KPD und SPD in der Sowjetischen Besatzungszone haben noch einmal die Tragik der Geschichte der sozialistischen Bewegung im 20. Jahrhundert ins Bewusstsein gerufen.

Das Versagen der deutschen Sozialdemokratie und der Zweiten Internationale am Vorabend und Beginn des I. Weltkrieges, ihre Unfähigkeit, mehrheitlich eine antiimperialistische und antinationalistische

Position zu beziehen und sich als Gegenmacht gegen Krieg und Unterdrückung zu bewähren, hat die organisatorische und geistige Spaltung der Linken in Europa herbeigeführt. Die Ermordung Rosa Luxemburgs und anderer demokratischer linkssozialistischer Führer und schließlich deren Verdrängung im Maße der Bolschewisierung der neuen Kommunistischen Parteien bzw. ihre Liquidierung durch die stalinisierte Komintern der dreißiger Jahre sowie die These von der Sozialdemokratie als Sozialfaschismus haben den unheilvollen Gegensatz zwischen SPD und KPD verfestigt. Auch in den Zeiten des Widerstandes gegen den deutschen Nationalsozialismus konnte er nicht überwunden werden.

Die Vereinigung von KPD und SPD in der Sowjetischen Besatzungszone war einerseits der ernst gemeinte Versuch vieler überzeugter Sozialdemokraten und Kommunisten, durch diese Vereinigung die Ursachen der Niederlagen von 1914, 1918 und 1933 zu überwinden. Andererseits war es von Seiten entscheidender Funktionäre der KPD und der Stalinschen Führung in der Sowjetunion ein Schritt, um die Sozialdemokratie zu instrumentalisieren, sie sich unterzuordnen und letztlich als eigenständige Kraft zu beseitigen. Dazu wurde auch zu Betrug, Repression, Verfolgung und politischer Gewalt gegriffen. Nach 1948 setzte sich diese Tendenz durch. Die Geschichte der SED ist eine Geschichte der Verdrängung, Unterdrückung und letztlich der Beseitigung des sozialdemokratischen Erbes. Spätestens seit den siebziger Jahren verstand sich die SED selbst als rein kommunistische Partei.

Die Tragödie der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung ist Teil der Tragödie des 20. Jahrhunderts. Sie wirkt bis heute nach und erschwert politische Kooperation. Es muss der Ursachen erinnert werden, es muss der Opfer gedacht werden, es müssen die Verantwortlichen klar benannt werden. Politische Organisationen haben die Pflicht, sich der eigenen Geschichte zu stellen. Dazu gehört auch das Bekenntnis zur eigenen Verantwortung. Entschuldigungen gegenüber den von Repression Betroffenen sind ein Zeichen dafür. Sie sind keine Demutsgesten, sondern ein Ausdruck von kritischem Selbstbewusstsein.

2.

Die Vereinigung von KPD und SPD war historisch legitim und bedarf als solcher keiner Entschuldigung. Nicht die Vereinigung, sondern die Art und Weise der Vereinigung beider Parteien und vor allem die spätere Vereinheitlichung, die das sozialdemokratische Element unterdrückte, aber auch kritische Kommunisten, ehemalige Mitglieder der KPDO, der SAP oder des Leninbundes sowie Westemigranten betraf, muss Gegenstand unserer historischen Kritik sein. Dadurch waren frühzeitig Strukturen der SED entstanden, die nicht nur das Scheitern der Einheitspartei, sondern auch das Scheitern der DDR mitverursacht haben. Unser Respekt vor den Generationen des Aufbaus und der Gestaltung der DDR gebietet es, diese historischen Zusammenhänge nicht zu verdrängen. Ihrer Lebensleistungen werden wir nur gerecht, wenn wir die Bedingungen betrachten, unter denen sie handeln mussten und unter denen sie – trotz dem aufopferungsvollen gemeinsamen Engagement von SED-Mitgliedern und anderen DDR-Bürgern für ihren Staat – das Ende der DDR nicht abwenden konnten.

Wenn wir heute an die unglaubliche Selbstbeschneidung und den Verlust der kreativen politischen Potentiale denken, die dem Sozialismus in der DDR verloren gegangen sind, dann haben wir vor allem der betroffenen Menschen und ihrer Schicksale zu gedenken, darunter vieler ehemals sozialdemokratischer Mitglieder der SED: "Durch Flucht, Austritt, Ausschluss und Haft war bis Anfang der 50er Jahre die Mehrzahl der Sozialdemokraten aus der Gründerzeit wieder ausgeschieden. (...) Seit 1948 waren circa 5.000 ehemalige Sozialdemokraten, vor allem als Schumacher-Agenten beschuldigt, durch sowjetische Militärtribunale bzw. DDR-Gerichte zu hohen Strafen verurteilt worden; von ihnen verstarben rund 400 in sowjetischen Zwangsarbeitslagern und Zuchthäusern der DDR." (Wilfriede Otto, ND v. 21./22.4.2001)

3.

Die Debatten zum Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD haben gezeigt, dass innerhalb und außerhalb der PDS unsere Gründungsdokumente, vor allem das Referat von Michael Schumann auf dem Sonderparteitag 1989, aber auch die Erklärung der Historischen Kommission beim Parteivorstand aus dem Jahre 1996 nicht hinreichend bekannt sind. Vor diesem Hintergrund fällt es umso leichter, die Auseinandersetzung mit der Geschichte von verschiedener Seite zu instrumentalisieren.

Mit dem notorischen Hinweis auf die vermeintlich mangelnde Auseinandersetzung der PDS mit ihrer Geschichte versuchen die etablierten Parteien die gewonnene Politikfähigkeit der PDS zu schwächen. Dies gelingt ihnen immer weniger.

Wir haben und werden uns für die Vereinigung von KPD und SPD, für die Gründung der DDR nicht entschuldigen. Wir haben und werden aber aus Anlass von Gedenktagen jene um Verzeihung bitten, die unter SED und DDR gelitten haben. Uns selbst werden wir jedoch das Scheitern von Einheitspartei und DDR niemals verzeihen.

4.

Die Absage an die gescheiterte Idee der Einheitspartei und das Bekenntnis zur Pluralität der Linken schafft überhaupt erst die Voraussetzung für eine dauerhafte, eigenständige Existenz der PDS als der demokratisch-sozialistischen Partei links der SPD in Deutschland.

Wir halten alle Spekulationen über eine die Differenz verwischende Annäherung oder gar Vereinigung von SPD und PDS für abwegig. Wir brauchen ein politisches Verhältnis zur SPD und zur rot-grünen Bundesregierung. Um gestärkt aus den Bundestagswahlen 2002 hervorgehen und damit die politische Achse in Deutschland nach links verschieben zu können, müssen wir unsere bundespolitischen Alternativen formulieren. Hierfür benötigt die PDS programmatisch und politisch strategische Autonomie. Mit dem vorgelegten Programmentwurf und der begonnenen Debatte schärfen wir unser sozialistisches Profil, mit dem zu erarbeitenden Wahlprogramm werden wir unsere Eigenständigkeit im Bundestagswahlkampf beweisen.

Berlin, 06.05.2001

(Vgl. auch: Zum Zusammenschluss von KPD und SPD 1946. Erklärung der Historischen Kommission vom Dezember 1995; Zum 60. Jahrestag der Gründung der SED. Stellungnahme des Sprecherrates der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS 11. April 2006)

* * *

29./31. Januar 1993: Aus dem Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus

Beschlossen von der 1. Tagung des 3. Parteitag der PDS, 29. bis 31. Januar 1993

... Wir sind Mitglieder einer Partei, die aus unterschiedlichen Traditionen hervorging. Die Ursprünge unserer Partei liegen im Aufbruch des Herbstes 1989 in der DDR, als wir aus der SED heraus dazu beitragen wollten, die Gesellschaft in der DDR umfassend zu reformieren. Je näher der Anschluss der DDR an die alte Bundesrepublik Deutschland rückte, umso notwendiger wurde eine organisierte Zusammenarbeit von Sozialistinnen und Sozialisten aus Ost- und Westdeutschland. Deshalb entschieden wir uns, als Partei in ganz Deutschland zu wirken. Uns verbindet der entschlossene Kampf gegen politische Entmündigung, soziale Demontage und Zerstörung der menschlichen Würde.

Uns eint das Streben nach einer Welt des Friedens, der Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit und der Demokratie. Gemeinsam sind wir der Ansicht, dass der kapitalistische Charakter der modernen Gesellschaften ursächlich verantwortlich ist für die Gefährdung der menschlichen Zivilisation und Kultur, den militaristischen Charakter der internationalen Beziehungen, die Krise der globalen Ökosphäre und das unbeschreibliche Elend vor allem auf der südlichen Hemisphäre. Wir sind uns daher einig, dass die Herrschaft des Kapitals überwunden werden muss. Die Menschheit muss bei Strafe ihres Untergangs in historisch kurzer Zeit einen Ausweg aus ihrer bisherigen zerstörerischen Entwicklungslogik finden.

Auf die humanistischen und demokratischen Traditionen der sozialistischen Idee und die Erneuerung sozialistischer Politik darf bei der Suche nach einer menschlichen Lebensperspektive nicht verzichtet werden. Betroffen und nachdenklich angesichts der Irrtümer, Fehler und Verbrechen, die im Namen des Sozialismus begangen wurden, befragen wir kritisch im Bewusstsein unserer eigenen Verantwortung für die Entstellung der sozialistischen Idee unsere geistige und politische Tradition. Gleichzeitig widersetzen

wir uns der erinnerungslosen und resignativen Kapitulation vor den selbsternannten Siegern der Geschichte. ...

* * *

26. Oktober 2003: Aus dem Programm der Linkspartei.PDS vom Oktober 2003

... Wir geben uns dieses Programm in der Tradition der Kämpfe gegen kapitalistische Ausbeutung, ökologische Zerstörung, politische Unterdrückung und verbrecherische Kriege.

Wir tun dies aber auch in rückhaltloser Auseinandersetzung mit den Verbrechen, die im Namen des Sozialismus und Kommunismus begangen wurden, und in Ablehnung jedes Versuchs, mit Mitteln der Diktatur Fortschritt zu erreichen. Uns eint der unumkehrbare Bruch mit der Missachtung von Demokratie und politischen Freiheitsrechten, wie sie in und von nicht wenigen Linken Parteien, darunter der SED, praktiziert worden ist.

Ausgehend vom solidarischen und egalitären Anspruch der sozialdemokratischen und kommunistischen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, anknüpfend an die emanzipatorischen und libertären Traditionen früherer sozialistischer Bewegungen, streben wir nach einer grundlegenden Erneuerung sozialistischer Politik. In diesem Sinne suchen wir das Gespräch mit unterschiedlichen demokratischen Kräften in der Gesellschaft bei der Erarbeitung von Alternativen. Wir greifen aktuelle und zukunftsorientierte Vorstellungen gewerkschaftlicher, kirchlicher, intellektueller, ökologischer, feministischer und anderer moderner Kapitalismuskritik auf. Wir sagen mit den globalen kapitalismus- und herrschaftskritischen Bewegungen: Die Welt ist keine Ware. Eine andere Welt ist möglich. ...

In einer sozialistischen Gesellschaft, wie wir sie anstreben, dienen Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsweise dem Ziel, allen die Bedingungen eines selbstbestimmten und solidarischen Lebens zur Verfügung zu stellen. Um dies zu erreichen, streben wir nach einer Veränderung des Typs von wirtschaftlichem Wachstum und wissenschaftlich-technischem Fortschritt, die der Zerstörung der natürlichen Umwelt Einhalt gebietet und den nachfolgenden Generationen eine bewohnbare Welt hinterlässt. In dieser Perspektive treten wir ein für die Einheit von Rechtsstaat und Sozialstaat. für Frieden und Solidarität nach innen im Rahmen einer weltweiten Ordnung des Friedens, der Gerechtigkeit und der Wohlfahrt. ...

Sozialismus ist für uns ein notwendiges Ziel – eine Gesellschaft. in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist. Sozialismus ist für uns eine Bewegung gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, gegen patriarchale Unterdrückung, gegen die Ausplünderung der Natur, für die Bewahrung und Entwicklung menschlicher Kultur, für die Durchsetzung der Menschenrechte, für eine Gesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten demokratisch regeln. Sozialismus ist für uns ein Wertesystem, in dem Freiheit. Gleichheit und Solidarität. Emanzipation, Gerechtigkeit. Erhalt der Natur und Frieden untrennbar miteinander verbunden sind.

Die sozialistische Idee ist durch ihren Missbrauch als Rechtfertigung von Diktatur und Unterdrückung beschädigt worden. Die Erfahrungen der DDR einschließlich der Einsicht in die Ursachen ihres Zusammenbruchs verpflichten uns, unser Verständnis von Sozialismus neu zu durchdenken. Unsere programmatischen Ziele gehen von einer einfachen Frage aus: Was brauchen Menschen, um selbstbestimmt Leben zu können? ...

Sozialismus entsteht in unserem Verständnis nicht in der Folge eines abstrakten Geschichtsplans, sondern geht von den gesellschaftlichen Realitäten, den wirklichen Bedürfnissen und Interessen der Menschen aus. Deshalb entwickelt Die Linkspartei. PDS ihre Programmatik nicht losgelöst von den Bürgerinnen und Bürgern, Aktivistinnen und Aktivisten sozialer Bewegungen, Organisationen und Initiativen. Sozialismus entsteht in demokratischen Kämpfen, die geführt werden, um die strukturellen Bedingungen für Unfreiheit, Ungleichheit und Ausbeutung sowie jene Macht- und Eigentumsverhältnisse,

auf denen diese beruhen, zurückzudrängen und zu überwinden. In diese Kämpfe wollen wir uns mit unseren Einsichten und Erfahrungen einbringen.

Freiheit ist der Bezugspunkt sozialistischer Politik. Gleichheit ist für diese Politik das Maß der Teilhabe an grundlegenden Freiheitsgütern. Freiheit ist für uns die Möglichkeit, das eigene Leben und die Gesellschaft – selbst und gemeinsam mit anderen – zu gestalten. Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung. Freiheit, Gleichheit und Solidarität bilden den Inhalt von Gerechtigkeit. ...

Ein selbstbestimmtes Leben, eine von Entfremdung befreite Arbeitswelt und eine gerechte Verteilung des Reichtums bedürfen alternativer Gesellschaftsstrukturen, die von der Verwirklichung gemeinschaftlicher Interessen geprägt sind und die Dominanz privatkapitalistischen Eigentums überwunden haben.

Wirkliche Vergesellschaftung hat demokratische Entscheidungsprozesse zur Voraussetzung. Strategische Entscheidungen über die Richtungen und Normen der sozialen, wissenschaftlich-technischen, ökologischen und kulturellen Entwicklung bedürfen der bewussten und demokratischen Gestaltung ebenso wie der Mitbestimmung von Produzenten, Verbrauchern, Kommunen und gesellschaftlichen Bewegungen. ...

Alle Eigentumsformen – genossenschaftliche, kommunale, private, staatliche und andere –, die die natürlichen, sozialen und kulturellen Lebensgrundlagen entwickeln und den Zugang zu den Grundbedingungen menschlichen Lebens erleichtern, müssen gefördert, andere, die Lebensgrundlagen untergraben, vernichten und diesen Zugang erschweren oder verhindern, müssen zurückgedrängt und überwunden werden. Wir halten an der durch das Grundgesetz gegebenen Möglichkeit von Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln und ihrer Überführung in Gemeineigentum oder andere Formen der Gemeinwirtschaft fest und sind dafür, diese Möglichkeit umzusetzen, wenn dies nach Ansicht der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zu sozialer Gerechtigkeit und wirksamer Bereitstellung der sozialen Grundgüter beiträgt. ...

Wir treten für die Bewahrung von öffentlichem Eigentum und dessen Ausweitung ein, wenn dies im Interesse des Gemeinwohls sinnvoll ist. Wir wollen das genossenschaftliche Eigentum stärken. Die Einschränkung öffentlicher Verfügungsmacht, die mit der fortschreitenden Privatisierung von öffentlichem Eigentum verbunden ist, lehnen wir ab. Wir fordern die strikte Ausrichtung dieser Verfügungsmacht an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger und die ständige Rechenschaftslegung über die Nutzung des öffentlichen Eigentums. Bedingung dafür ist, dass der Staat seinen Einfluss auf die entscheidenden, das Gemeinwohl bestimmenden Prozesse nicht verliert und die Macht erhält, die Interessen der Allgemeinheit durchzusetzen. Dies halten wir gerade auch dann für notwendig, wenn Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge an private oder genossenschaftliche Unternehmen übertragen werden. ...

Demokratischer Sozialismus entsteht in der Gesellschaft und aus ihr heraus – oder überhaupt nicht. Er mislingt als isoliertes Projekt kleiner Gruppen gleichermaßen wie als Diktatur. Er ist eine diesseitige Bewegung auf ein diesseitiges Ziel hin. Er setzt sich dafür ein, emanzipatorische und solidarische Interessen der Gesellschaft gegenüber allen anderen durchzusetzen. Demokratischer Sozialismus weist über den Kapitalismus hinaus. Er ist ein Prozess, der nur im breiten gesellschaftlichen Diskurs und durch gemeinsames Handeln der Beteiligten Gestalt annehmen kann.

III. Zur Auseinandersetzung mit dem Ministerium für Staatssicherheit

21./23. Juni 1991: Zur konsequenten, offenen und öffentlichen Auseinandersetzung der PDS mit der Problematik "Staatssicherheit"

Beschluss der 2. Tagung des 2. Parteitages, 21. bis 23. Juni 1991

Die neuerliche Krise um die inoffizielle Mitarbeit von MandatsträgerInnen der PDS beim ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit verdeutlicht, dass die PDS sich bis heute völlig unzureichend mit diesem Problemkomplex auseinandergesetzt hat. Wir stehen wieder und noch immer vor der Wahl, endlich die kritische Auseinandersetzung mit unserer Geschichte in Angriff zu nehmen oder weiter an Glaubwürdigkeit und damit an einer wesentlichen Voraussetzung für politische Handlungsfähigkeit zu verlieren.

Angesichts dieser Situation beschließt der Parteitag folgende Grundsätze und Maßnahmen für die Entwicklung der Auseinandersetzung auf diesem Problem- und Politikfeld:

I. Grundsätze:

1. Die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) ist als Moment einer komplexen Staats- und Sicherheitskonzeption zu begreifen. Das MfS war nur ein, wenn auch ein zentrales, Instrument der Verwirklichung dieser Konzeption. Dieser lagen ideologische Überzeugungen, eine Klassenkampf- und Revolutionstheorie und eine Staats- und Rechtsauffassung zu Grunde, für deren Durchsetzung die SED wirkte. Ihre Realisierung war notwendig verbunden mit Verletzungen grundlegender Menschen- und Bürgerrechte, mit der immanenten Missachtung der Souveränität und Integrität des einzelnen Bürgers. Die SED hatte die politische Verantwortung für die Tätigkeit des MfS, das entsetzliche Leid über viele Bürger und Bürgerinnen der ehemaligen DDR gebracht hat, dessen Folgen bis in die Gegenwart reichen. Deshalb steht heute die PDS, die ihre Nachfolge-Existenz gerade mit dem Willen, sich der geschichtlichen Verantwortung zu stellen, begründete, in einer besonderen Pflicht für die Aufarbeitung dieser Seite der DDR- und SED-Geschichte.

2. Wir treten für eine differenzierende Auseinandersetzung mit der DDR-Gesellschaft ein. Deshalb lehnen wir es ab, die offiziellen und inoffiziellen MitarbeiterInnen des ehemaligen MfS zu Sündenböcken des Niedergangs dieser Gesellschaft zu machen. Für sie gilt, wie für jeden anderen Bürger, dass jeder ein Recht darauf hat, nach seiner individuellen Verantwortung und Schuld beurteilt zu werden. Einer pauschalisierenden Vorverurteilung treten wir entschieden entgegen. Die Art und Weise des Umgangs mit dem "Erbe" dieses undemokratischen Repressionsapparats und mit seinen MitarbeiterInnen wird zu einem Prüfstein für die demokratische Gesittung des neuen Deutschlands.

3. Wir fördern und initiieren demokratischen Widerstand gegen alle Formen der pauschalen sozialen Ausgrenzung von offiziellen oder inoffiziellen MitarbeiterInnen des ehemaligen MfS durch generalisierende Ausschlüsse von beruflichen Laufbahnen, - gerade weil wir die diesbezüglichen Praktiken des MfS in der DDR verurteilen. Der Grad der persönlichen Verstrickung in Unterdrückung und Unrecht muss in jedem Einzelfall ausschlaggebend sein.

4. Wie einer Pauschalverurteilung der MitarbeiterInnen des MfS treten wir allen Formen der pauschalen Entschuldigung und "Solidarisierung" entgegen. Wagenburg-Mentalität und Schulterschluss-Gesten sind letztlich das Gegenstück zur pauschalen Verurteilung und Dämonisierung, sind die andere Seite derselben Medaille, die Verdrängung heißt. Verdrängung von Unrecht und Verantwortung vergiftet die Demokratie und tötet den Sinn für Gerechtigkeit und die Zivilcourage in der Gesellschaft. Für uns ist die Forderung nach der Einzelfallprüfung eben nicht Blockade der Auseinandersetzung, sondern sie bedeutet wirklich Prüfung mit jeweils konkretem Ausgang.

5. Alle offiziellen und inoffiziellen MitarbeiterInnen des MfS, die bereit sind, sich mit ihrer persönlichen Verantwortung auseinanderzusetzen haben Anspruch auf unsere Solidarität und unsere Hilfe. Dies

schließt Kritik sowie die Verurteilung gesetzwidriger und menschenverachtender Praktiken des MfS und einzelner seiner Mitarbeiterinnen ein.

II. MfS-Mitarbeiterinnen in der PDS

1. Mitglieder der PDS, die als offizielle oder inoffizielle Mitarbeiter für das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet haben, sind keine Mitglieder "zweiter Klasse". Jede pauschalisierende Einschränkung ihrer Rechte und Pflichten wäre statutenwidrig und widerspräche politischen Grundforderungen der PDS. Auch in dieser Hinsicht muss die Partei ihre Forderungen leben.
2. Eine allgemeine Pflicht zur Offenlegung einer früheren Tätigkeit für das MfS gibt es für die Mitglieder innerhalb der PDS nicht. Jede Genossin und jeder Genosse ist aufgefordert, sich kritisch gerade mit dieser Seite der Vergangenheit der Partei und seiner eigenen Biographie auseinanderzusetzen. Aber dieses ist die Sache einer/s jeden Einzelnen. Die persönliche Integrität der Parteimitglieder ist eine schützenswerte Errungenschaft unseres neuen Parteiverständnisses.
Nur für GenossInnen, die sich anschicken, für die Partei in exponierter Stellung öffentlich zu wirken, ist die persönliche Biographie in dieser Frage keine reine Privatsache mehr. Diese GenossInnen müssen den unterschiedlichen Anforderungen der jeweiligen Öffentlichkeit gerecht werden können.

a) MandatsträgerInnen

3. Mitglieder der PDS, die als offizielle oder inoffizielle MitarbeiterInnen für das ehemalige MfS tätig waren und sich um ein Mandat der Partei für eine Wahl zu einer Volksvertretung bewerben, haben die Pflicht, ihre Tätigkeit für das MfS offenzulegen, um eine Einzelfallprüfung zu ermöglichen. Die nominierenden Gremien entscheiden auf diese Weise selbst bestimmt über eine solche Kandidatur und die WählerInnen werden in die Lage versetzt, eine souveräne Entscheidung zu treffen.
4. MandatsträgerInnen, die sich in dieser Frage gegenüber ihren GenossInnen als unehrlich und unsolidarisch erweisen, werden aufgefordert, ihre Mandate niederzulegen. Kommen sie einer solchen Aufforderung nicht nach, wird empfohlen, sie aus der Fraktion auszuschließen.

Übergangsregelung

5. Mitglieder, die gegenwärtig MandatsträgerInnen für die PDS sind und offizielle oder inoffizielle MitarbeiterInnen des MfS gewesen waren, dies aber bisher nicht offengelegt haben werden aufgefordert, dies vor der PDS-Fraktion des Gremiums, in das sie gewählt worden sind, zu tun. Dieser obliegt im Zusammenwirken mit dem jeweiligen Vorstand der PDS die Einzelfallprüfung, die mit einer Empfehlung für den Betroffenen zu verbinden ist. Gemeinsam ist die Art und Weise der Öffentlichmachung der Tatsachen wie der Empfehlung zu regeln.
6. Die PDS-Mitglieder der Fraktionen in den parlamentarischen Vertreterversammlungen erklären ihre Bereitschaft zur individuellen Überprüfung. Die Fraktionen stellen unverzüglich eigenständig bei der "Gauck-Behörde" einen Antrag auf Überprüfung.
7. Abgeordnete, die glauben, sich einer solchen Überprüfung aus persönlichen Motiven und in Verantwortung für andere nicht unterziehen zu können, wird die Niederlegung des Mandats empfohlen.

b) Funktionen in der Partei

8. GenossInnen, die sich um Wahlfunktionen bewerben und somit in einer Funktion die Partei in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit repräsentieren, haben gegenüber den Delegierten- bzw. Mitgliederversammlungen, in denen sie sich zur Wahl stellen, eine eventuelle offizielle oder inoffizielle Mitarbeit beim MfS als Grundlage für eine Einzelfallprüfung offenzulegen.

9. Sollten sich GenossInnen in dieser Hinsicht als unehrlich gegenüber der Partei erweisen, so entbinden die jeweiligen Vorstände bzw. Gremien sie von ihrer Funktion und legen diesen Tatbestand gegenüber den sie wählenden Delegiertenkonferenzen oder Mitgliedervollversammlungen offen, so dass diese über eine eventuelle Abwahl des entsprechenden Genossen entscheiden können.

Übergangsregelung

10. GenossInnen in Wahlfunktionen der PDS, die offiziell oder inoffiziell für das MfS tätig waren und dies bisher nicht offengelegt haben, sind aufgefordert, dies gegenüber den Vorständen oder Gremien, in denen sie tätig sind, nachzuholen.
Die Vorstände und Gremien sind nach Einzelfallprüfung verpflichtet, den betroffenen GenossInnen eine Empfehlung über einen Verbleib oder das Ausscheiden aus diesen Wahlfunktionen auszusprechen.
11. Die Tatsachen und die Empfehlungen werden den Versammlungen bzw. Delegiertenkonferenzen, die sie gewählt haben, mitgeteilt.
Den FunktionsträgerInnen, die sich zu einer solchen Offenlegung aus persönlichen Motiven und in Verantwortung für andere nicht in der Lage sehen, wird empfohlen, aus ihren Wahlfunktionen ohne Erklärung auszuschneiden.
12. Der Bundesparteitag empfiehlt den Landesverbänden der PDS, Beschlüsse zum Umgang mit der Frage der offiziellen oder inoffiziellen Mitarbeit von Mandats- und Funktionsträgern der PDS im Sinne dieses Beschlusses zu fassen.

III. Zur weiteren Auseinandersetzung

1. In Verantwortung des Parteivorstandes sind umgehend qualifiziert differenzierte Beschreibungen und Bewertungen der vielfältigen Arten der Tätigkeit für das MfS vorzulegen, die Hilfestellung bei der Einzelfallprüfung geben und zugleich dem Einzelnen bei seiner persönlichen Auseinandersetzung mit der eigenen Verantwortung sich zu orientieren helfen.
2. Die Landesvorstände fördern die Tätigkeit und vor allem die Außenwirkung von Arbeitsgruppen, die sich mit dem Problemkomplex "Staatssicherheit" auseinandersetzen. Die Publikation von Arbeitsergebnissen und Materialien für die politische Bildung sind in Kooperation mit der Fraktion im Abgeordnetenhaus materiell abzusichern.
3. Neben der politisch-historischen Rekonstruktion der Tätigkeit des MfS und der Analyse seiner politischen und ideologischen Grundlagen ist der individuellen Beratung und Hilfe größere Aufmerksamkeit zu schenken. In Ergänzung zur kollektiven Auseinandersetzung in Arbeitskreisen sollten in den Bezirken Möglichkeiten für die individuelle Beratung, feinfühlig Lebenshilfe und Unterstützung in moralischer, sozialer und auch juristischer Art geschaffen werden.
4. In den Kreisen sind öffentliche Diskussionen mit interessierten Bürgern zu organisieren, wobei die Teilnahme anderer politischer Parteien und von Bürgerinitiativen anzustreben ist.

(Vgl. auch: Gegen Strafverfolgung wegen nachrichtendienstlicher Tätigkeit. Beschluss der 2. Tagung des 2. Parteitages, 21. bis 23. Juni 1991)



26./27. Juni 1993: Zur Offenlegung der politischen Biographie für Genossinnen und Genossen, die für Parteiämter oder Wahlmandate kandidieren

Beschluss der 2. Tagung des 3. Parteitages, 26. bis 27. Juni 1993

1. Mitglieder der PDS, die für Parteiämter von Kreis- bis Bundesebene oder für Wahlmandate der gleichen Ebenen kandidieren, akzeptieren, dass ihre politische Biographie mit dieser Kandidatur keine Privatsache mehr ist.

Diese Offenlegung der politischen Biographie ist für diese Genossinnen und Genossen vor dem Gremium, das sie wählen oder bestätigen soll, verbindlich.

2. Wird nachträglich bekannt, dass Genossinnen und Genossen wesentliche Umstände ihrer politischen Biographie falsch dargestellt oder verschwiegen haben, haben sie vor dem Gremium, in das sie gewählt worden sind, die Gründe dafür zu benennen und die Vertrauensfrage zu stellen.

Dieses Gremium entscheidet nach der Einzelfallprüfung durch geheime Stimmabgabe, ob das Vertrauen weiter besteht und informiert die Parteiöffentlichkeit über das Ergebnis der geheimen Abstimmung.

Wird die Vertrauensfrage negativ beantwortet, wird die Genossin/der Genosse von ihrer/seiner Aufgabe bis zur nächsten Tagung des Gremiums, das die Wahl durchgeführt hat, entbunden.

Ungeachtet der Entscheidung des Gremiums, in das die betreffende Genossin/der betreffende Genosse gewählt wurde bzw. der Fraktion, deren Mitglied sie sind, wird die nächste Tagung des Gremiums, das die Wahl durchgeführt hat, nach Einzelfallprüfung durch geheime Abstimmung prüfen, ob das Vertrauen weiter besteht.

Bei Mandatsträgern wird den jeweiligen Fraktionen, wenn sie die Vertrauensfrage negativ beantwortet haben, empfohlen, die Betreffenden zur Mandatsniederlegung aufzufordern und bei Verweigerung aus der Fraktion auszuschließen.

(Vgl.: Zur konsequenten offenen und öffentlichen Auseinandersetzung der PDS mit der Problematik Staatssicherheit. Erklärung des 3. Parteitages zum Beschluss der 2. Tagung des 2. Parteitages, 29. bis 31. Januar 1993)



12. Juni 2006: Zum weiteren Umgang mit den Beschlüssen zur persönlichen Offenlegung der Biografie und zur Geschichte von 1991 und 1993, zu dem Gesetz zur Beendigung der Überprüfung zum 31.12.2006 und zu den Empfehlungen der "Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes 'Aufarbeitung der SED-Diktatur'".

Beschluss des Parteivorstandes vom 12. Juni 2006

Der Parteivorstand fordert die Bundestagsfraktion DIE LINKE. auf, sich in Zusammenarbeit mit der Historischen Kommission der Linkspartei.PDS mit dem Bericht der Expertenkommission zu befassen und Vorschläge zum weiteren politischen Umgang damit zu unterbreiten.

Der Parteibildungsprozess von Linkspartei.PDS und WASG und weiteren Linken gründet auf einem differenzierten Geschichtsbild der linken Vergangenheit in Ost und West, das die repressiven Elemente des real existierenden Sozialismus, die Verbrechen des Stalinismus, den Hang zu Spaltung und Kampf gegeneinander genauso analysiert wie die Elemente von sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit im real existierenden Sozialismus und die Erfolge der Linken, der sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften im Kampf um mehr Rechte, Partizipation, Demokratie und Gerechtigkeit.

Der Parteivorstand stellt fest, dass der Beschluss des 3. Parteitages, 2. Tagung, 26.-27.6.1993, zur Offenlegung der politischen Biografie für Genossinnen und Genossen, die für Parteiämter oder Wahlmandate kandidieren, nichts von seiner Gültigkeit verloren hat. Gleichzeitig bekräftigt der Parteivorstand die Auffassung, dass niemand wegen seiner politischen Biografie diskriminiert werden darf (festgehalten vor allem in der Erklärung des 3. Parteitages zum Beschluss der 2. Tagung des 2. Parteitages, 29.-31.1.1993: Zur konsequenten offenen und öffentlichen Auseinandersetzung der PDS mit der Problematik Staatssicherheit).

Der Parteivorstand lehnt eine mögliche Änderung des Stasi-Unterlagengesetzes ab, der zufolge die Regelüberprüfung im Öffentlichen Dienst sowie von Abgeordneten über das Jahresende 2006 hinaus verlängert werden soll.

Der Parteivorstand wendet sich gegen Versuche, die kritische Aufarbeitung der Geschichte durch die Linkspartei.PDS zurückzudrehen und die für die Gesellschaft der DDR auch prägenden autoritären Strukturen zu relativieren.

Der Parteivorstand bestätigt die bisherige Haltung der Linkspartei.PDS zur Beseitigung des Rentenstrafrechts. Das Rentenrecht eignet sich nicht zur Vergangenheitsaufarbeitung und als strafrechtliches Sanktionsinstrument. Das Rentenstrafrecht verhindert eher eine offene Auseinandersetzung mit Geschichte. Der Parteivorstand unterstützt in ausgewählten Musterfällen die rechtliche Vertretung von Betroffenen. Er erklärt sich solidarisch mit von Verbänden und Vereinen eingeleiteten Maßnahmen zur Beseitigung des Rentenstrafrechts. Der Parteivorstand bittet die Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag zu prüfen, ob und welche Maßnahmen zur Aufhebung des ersten Gesetzes zur Änderung des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes vom 21.6.2005 zu erarbeiten sind. Der Parteivorstand befürwortet großzügigere rentenrechtliche Regelungen für die Opfer von rechtsstaatswidriger Politik in der DDR.

Der Parteivorstand distanziert sich von der missbräuchlichen Verwendung und politischen Instrumentalisierung von Stasi-Unterlagen zur Diskreditierung von Personen, insbesondere auch von Politiker/innen der Linkspartei.PDS, wie in den Fällen Heilmann, Kuschel, Leukefeld und Porsch. Mit einer solchen Praxis wird einer sachlichen und sachgerechten Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR und speziell des MfS die Grundlage entzogen. ...